Nachmittags-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt- u. Friedrichstr.-Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Sechsundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 38.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1⅓ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Donnerstag, 23. Januar

(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, dreigespaltene Reklamen 5 Sgr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1873.

Die Eisenbahnvorlage und unsere Provinz.

Der Minister des Innern hat der Provinz Posen die Kreisordnung vorenthalten, und wir haben uns damit zufrieden gegeben, ohne auch nur einen Provinzialfonds zu verlangen; der Kultusminister hat keine Lehrkräfte für eine posener Universität, und wir verschließen unsere Wünsche in der Brust. Offenbar werden die beiden Minister durch politische Rücksichten geleitet, wenn sie der Provinz jene Förderungsmittel versagen. Aber da dieser Landestheil so Manches entbehren muß, was andre Provinzen sorglos genießen, so sollte man glauben, wir wären berechtigt, auf den Gebieten, wo nationalpolitische Bedenken nicht Platz greifen, desto reichlicher entschädigt zu werden. Nichts davon! Unsere Provinz besitzt keine Forstakademie, obwohl von den 11 Millionen Land der zwanzigste Theil aus königlichen Forsten besteht; sie besitzt keine Ackerbauschule, obwohl die Provinz recht eigentlich eine landwirthschaftliche ist; Posen ist unseres Wissens die einzige Provinz, welche keine Gewerbeschule hat, und unser Volksschulwesen krankt an dem Mangel von Lehrern, Schulen und ausreichenden Dotationen für Unterrichtszwecke.

Jetzt kommt nun der Handelsminister mit einer Vorlage, wonach 120 Millionen auf neue Bahnen verwendet werden sollen; wir durchblättern eifrig den Entwurf, um zu sehen, wie viele Millionen davon auf unsere Provinz kommen, doch nicht ein Groschen wird darin für Posen in Aussicht gestellt. Das ist derselbe Handelsminister, welcher vor ein oder zwei Jahren, als ihm der Mangel einer Gewerbeschule in Posen zu Gemüthe geführt wurde, darauf erwies, daß er selbst als Beamter bei der Regierung unserer Provinz fungirt habe und deßhalb die Bedürfnisse unseres Landes kenne. Es ist wahr, Graf Itzenplitz hat, nachdem endlich der neue Plan für die Gewerbeschulen aufgestellt war, unserer Provinzialhauptstadt eine Gewerbeschule in Aussicht gestellt, aber unter Bedingungen, daß unser Magistrat alle Lust verloren zu haben scheint, das Geschenk anzunehmen. Und jetzt will der Herr Handelsminister 120 Millionen auf Eisenbahnen verwenden, ohne der Provinz Posen auch nur eine Schiene zu bewilligen. Graf Itzenplitz scheint besorgt zu sein, es könnte einmal das biblische Wort zu Schanden werden: „Wer hat, dem wird gegeben". Und deßhalb gedenkt er die Millionen, wenn er sie bekommt, meist für die westlichen Provinzen zu verwenden, wo es ohne dies nicht an Bahnen fehlt, wo Industrie und Gewerbe blühen, wo die Kreditverhältnisse billiges Geld gewähren und die Bewohner wohlhabend genug sind, um sich selbst zu helfen.

Nun heißt es allerdings, daß die Bahnen, für welche jene ungeheuren Summen bestimmt sind, das strategische Ziel verfolgen, den Osten mit dem Westen der Monarchie auf dem kürzesten Wege zu verbinden. Indessen könnten wir für unsere provinziellen Bahnprojekte nicht minder triftige Gründe anführen. Posen-Schneidemühl-Kolberg wird als eine Lebensbedingung für Kolberg bezeichnet und würde unserer Provinz große Vortheile bringen; Bentschen-Schneidemühl soll selbst die lebhafte Anerkennung unseres großen Strategen, des Grafen Moltke, gefunden haben; Posen-Slupce würde den kürzesten Weg von Berlin nach Warschau anbahnen, besonders wenn damit noch ein Eisenweg über Schwerin-Birnbaum-Küstrin hergestellt würde.

Aber alle diese Gründe werden durch die eminent politische Bedeutung überwogen, welche die Eisenbahnen in unserer Provinz haben. Die Regierung hat auf ihr Programm für die Verwaltungspolitik in den deutsch-polnischen Landestheilen die Germanisirung gestellt; nun wohl, die Lokomotive ist der beste Germanisator in unserer Provinz, millionen Mal glücklicher im Erfolg als der geschickteste Gensdarmes; und dabei unterscheiden sich die Eisenbahnen von allen Germanisationsmitteln dadurch, daß sie der polnischen Bevölkerung selbst höchst willkommen sind, denn der Dampf, dieser großartige Kulturspender, schließt von seinen Segnungen keine Nation aus, selbst bis in die Hütten der polnischen Dörfer bringt er auf den eisernen Schienenwegen Wohlstand und Bildung. Aber es ist ganz natürlich, daß die Deutschen noch einen besonderen Nutzen davon haben, denn die Bahnen führen neue deutsche Ansiedler, deutsches Kapital, deutsche Intelligenz, deutsche Betriebsamkeit ins Land, und machen den Ankömmlingen diejenigen Orte wohnlich, welche früher von ihnen gemieden wurden; andrerseits veranlassen sie den polnischen Bauer und Bürger seine Scholle zeitweise zu verlassen und sich mit deutscher Kultur zu befreunden. Es ist darum fast unbegreiflich, daß die Regierung dies ganz übersehen hat und unsere Provinz zu den Landestheilen gehört, wo am wenigsten Schienenwege (etwa 50 Meilen auf 532 Quadratmeilen) vorhanden sind. Der Staat müßte unsere Provinz ganz von selbst mit einem Netz von Eisenbahnen durchziehen, und die Regierung könnte sich dafür eine Menge administrativer Maßregeln ersparen, die das deutsche Regiment unbeliebt machen, ohne das Deutschthum zu fördern. Statt dessen beliebt die Regierung gerade die entgegengesetzte Praxis: jeder Gesellschaft, welche eine Bahn hier bauen will, werden durch den Kriegsminister, welcher für seine Festung besorgt ist, endlose Schwierigkeiten gemacht und Opfer zugemuthet, von denen in anderen Provinzen nicht die Rede ist. Wenn die Regierung selbst unsere Bahnen bauen würde, so dürfte es ihr jedenfalls leichter als den Privatgesellschaften gelingen, sich mit dem Militärfiskus auseinander zu setzen.

Vermuthlich wird dieser Gegenstand bei der Debatte über die Eisenbahnvorlage zur Sprache kommen, da die Abgeordneten aus Posen, Pommern und Preußen beschlossen haben, die Eisenbahnvorlage, soweit sie den Bau neuer Eisenbahnen betrifft, zur Zeit abzulehnen und die königliche Staatsregierung zur Vorlegung einer neuen Vorlage aufzufordern, welche ein die Bedürfnisse aller Provinzen berücksichtigendes Staatseisenbahnnetz enthält.

Hoffentlich wird dieser Antrag die Zustimmung des Abgeordnetenhauses finden.

Die Sprach- und Schulverhältnisse Westpreußens.

Gelegentlich der Berathung einer Anzahl theils polnisch, theils deutsch geschriebener Petitionen, die im Ganzen 49,227 (darunter 21,405 aus drei Kreuzen bestehende) Unterschriften tragen und auf die gesetzliche Anerkennung einer Gleichberechtigung der polnischen mit der deutschen Sprache in Westpreußen gerichtet sind, hatte die Unterrichts-Kommission des Abgeordnetenhauses den Direktor des königl. statistischen Bureaus, Geh. Regierungsrath Dr. Engel, um statistisches Material über die Sprach- und Schulverhältnisse Westpreußens ersucht. Diesem Wunsche ist bereitwillig entsprochen worden und entnehmen wir den mitgetheilten Zahlen Folgendes: Die polnische Bevölkerung betrug in den Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder nach Prozenten berechnet:

im Jahre	1831	1852	1861	1867
Danzig	24,1 pCt.	28,6 pCt.	24,7 pCt.	26,64 pCt.
Marienwerder	34,2 pCt.	39,0 pCt.	37,5 pCt.	36,54 pCt.

In beiden Bezirken hat die polnische Bevölkerung 1852 den Höhepunkt erreicht. Wenn seitdem auch ein Sinken wahrnehmbar ist, so hat doch seit 1831 bis zum Jahre 1867 ein Steigen um etwa 2 pCt. stattgefunden — eine Erscheinung, die namentlich in den Kreisen Marienburg, Stargard und Neustadt am stärksten zu Tage trat und die behauptete Zurückdrängung des polnischen Elements widerlegen dürfte. Bezüglich des Schulbesuchs sind nachstehende Zahlen von Interesse: Im Regierungsbezirk Danzig waren 1864 vorhanden 99,394 schulpflichtige Kinder, von denen 27,472 polnisch als ihre Muttersprache sprachen, und zwar 1105 in den Städten und 26,367 auf dem Lande. Von jenen 1105 sprachen 979 auch deutsch; unter den übrigen 126 lernten 60 das Deutsche in der Schule, 66 jedoch nicht. Auf dem Lande sprachen unter den 26,367 polnischen Kindern 13,302 auch deutsch. Von den übrigen 13,068 lernten es 8674 in der Schule, dagegen 4391 nicht. Im Regierungsbezirk Marienwerder walten bezüglich der deutschen Schulbildung — entweder in Folge örtlicher Verhältnisse, oder durch eine energischere Handhabung der Schulpflege und Aufsicht bedingt — erheblich günstigere Verhältnisse ob, als in Danzig. Von den 150,377 schulpflichtigen Kindern redeten in den Städten 4832 und auf dem Lande 36,790 das Polnische als ihre Muttersprache; unter diesen sprachen in den Städten 2448 und auf dem Lande 14,283 auch deutsch. Alle übrigen lernten die deutsche Sprache in der Schule. — In früheren Jahren scheint nicht nur in den beiden genannten, sondern in sämmtlichen Bezirken mit gemischt deutsch-polnischer Bevölkerung die Schulpflege eine mangelhafte gewesen zu sein, wie die Statistik über die Schulbildung der eingestellten Rekruten aus jenen Gegenden ergiebt. Im Regierungsbezirk Danzig wurden 1866/7 eingestellt 2031 Rekruten, 1867/8: 1845 Rekruten; hiervon waren ohne alle Schulbildung 320 resp. 264, d. h. 15,7 pCt. Im Regierungsbezirk Marienwerder wurden 1866/7 eingestellt 3037 Rekruten, 1867/8: 2781 Rekruten, von denen ohne alle Schulbildung 458 resp. 382, also 14,4 pCt. waren. Unter diesen Analphabeten befanden sich im Verhältniß zur Bevölkerungszahl ziemlich ebenso viel Deutsche wie Polen. In den übrigen Regierungsbezirken mit gemischt deutsch-polnischer Bevölkerung stellt sich das Verhältniß der ohne Schulbildung gebliebenen Ersatz-Mannschaften im Jahre 1867/8 folgendermaßen: Gumbinnen 11,2 Prozent, Königsberg 10,5 Prozent, Bromberg 14,4, Posen 14,1 und Oppeln 7,5 Prozent. An der Spitze der mangelhaften Schulbildung stehen somit Danzig mit 15,7 Prozent und Marienwerder mit 14,4 Prozent. Außer dem Regierungsbezirk Minden, welcher mit 3,2 Prozent Analphabeten aufgeführt ist, haben die sämmtlichen übrigen Regierungsbezirke der Monarchie nur 0,2 bis 1,7 Prozent aufzuweisen. — Diese Zahlen dürften unwiderleglich beweisen, daß für die Schulbildung in sämmtlichen Bezirken, welche eine polnisch-deutsch gemischte Bevölkerung haben, nur in sehr mangelhafter Weise gesorgt ist. Die Unterrichtskommission hat deshalb beschlossen, dem Hause zu empfehlen, über die genannten Petitionen zur Tagesordnung überzugehen, gleichzeitig aber „in Erwägung, daß den amtlichen statistischen Ermittelungen gemäß eine große Anzahl von Kindern in den Theilen der Monarchie, welche eine polnisch-deutsch gemischte Bevölkerung haben, ohne alle Schulbildung aufwächst — die Königliche Staatsregierung aufzufordern, Fürsorge zu treffen, um diesem Mißstande Abhilfe zu verschaffen."

Deutschland.

△ **Berlin,** 22. Jan. Der Telegraph meldet aus St. Petersburg das Ableben der Großfürstin Helene. Unser Hof betrauert mit dem russischen Hofe den Verlust dieser Prinzessin und zwar handelt es sich hier nicht nur um eine durch Hofetiquette begründete Trauer, sondern um einen Akt aufrichtiger und herzlicher Theilnahme. Die verstorbene Prinzessin hat von jeher dem preußischen Königshause sehr nahe gestanden und war, so oft sie in Berlin erschien, Gegenstand der größten Aufmerksamkeit. Durch diesen Todesfall wird das Programm der Hof-Festlichkeiten um acht Tage verschoben. Der Hof legt nämlich auf 14 Tage Trauer an, und nach dem geltenden Herkommen können große Hof-Festlichkeiten erst in der zweiten Hälfte der Trauerzeit stattfinden. Deshalb ist die große Cour auf den 30. und der erste Opernhausball auf den 31. d. M. hinausgeschoben worden. Uebrigens wird mit der Trauer um die Großfürstin auch die Trauer um den verstorbenen Kaiser Napoleon verbunden werden. — Während von einer Seite als der Termin für die Eröffnung des Reichstages der 10. März bezeichnet wird, werden von anderer Seite die Gründe aufgeführt, welche für den Anfang Mai als muthmaßlichen Termin sprechen. Nach Lage der Dinge wird ein Termin wohl nicht früher festgesetzt werden können, ehe man im Stande ist, über die Erledigung der kirchenpolitischen Vorlagen wenigstens im Abgeordnetenhause ein Urtheil zu fällen. Wenn auch auf die Möglichkeit hingewiesen ist, daß ein gleichzeitiges Tagen des Reichstages und des Landtages stattfinden könne, so ist doch zu bemerken, daß ein gleichzeitiges Arbeiten des Reichstages wohl mit dem Herrenhause, schwerlich aber mit dem Abgeordnetenhause ausführbar sein wird. — In Berliner Mittheilungen wird vielfach das Ausscheiden des Direktors der hiesigen Kriminal-Polizei, des Herrn v. Drygalski, besprochen. Aus guter Quelle erfahre ich, daß derselbe vom Kriege her an einem Halsübel leidet, welches allerdings zu dem Wunsche um Entlassung Veranlassung gegeben hat. Da jedoch sowohl der Kaiser, als der Polizei-Präsident auf sein Verbleiben im Amte großen Werth legen, so hofft man, daß er sich zur Fortführung seiner Funktionen noch entschließen werde.

— Wie der „Rh. C." vernimmt, dürfte sich der Aufenthalt des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin des Deutschen Reichs in Wiesbaden bis in den Monat März verlängern.

— Wie die hiesigen Zeitungen melden, ist es der persönliche Wunsch des Kaisers gewesen, daß in der kirchlichen Weihrede bei der Aufstellung der französischen Fahnen und Standarten in der Garnisonkirche zu Potsdam des Kaisers Napoleon III. in keiner Weise besonders erwähnt werde.

— Durch allerhöchste Kabinetsordre ist auf den gemeinschaftlichen Bericht der Ministerien des Krieges und des Kultus die Auflösung der Garnisonschulen vom 1. April c. ab mit Ausnahme derer zu Potsdam, Frankfurt a. O., Graudenz, Hannover und Celle angeordnet worden.

— Der von Serajewo nach Odessa versetzte General-Konsul Blau, welcher vor einigen Tagen hier eintraf, hat sich zur Uebernahme seines neuen Postens nach Odessa begeben. Ebenso ist der neuernannte Regierungspräsident in Aachen, v. Leipziger, auf seinen Posten abgereist.

— Der bei der VI. Kriminaldeputation als öffentlicher Ankläger fungirende Staatsanwalt Metzel ein noch junger Mann, ist während der Nacht zum Montag an einem Herzschlage plötzlich verschieden. Noch in der Sonnabendsitzung der vorgedachten Deputation war der Verstorbene als Staatsanwalt in Thätigkeit, es folgt ihm der Ruf eines humanen und tüchtigen Beamten. — Am 17. d. M. ist in Königsberg der Geh. Justizrath und Tribunalsrath Jarke im 77. Lebensjahr gestorben. 42 Jahre gehörte der Verstorbene dem Kollegium des königl. ostpreußischen Tribunals an.

— Dr. Sydow hat die Aktenstücke über das vom Konsistorium der Provinz Brandenburg über ihn verhängte Verfahren wegen seines Vortrages „Ueber die wunderbare Geburt Jesu" im Verlage von F. Henschel edirt. In der Vorrede sagt Dr. Sydow, daß so lange das Verfahren wider ihn noch schwebte, er es nicht für angemessen hielt, etwas darüber zu veröffentlichen. Jetzt, da seine Amtsentsetzung erfolgt sei, schwinde dies Bedenken. Das Buch enthält den Vortrag selbst, sowie die Verhandlungen gegen Dr. Sydow und seine Vertheidigung. Wie übereinstimmend versichert wird, bestätigt sich die kürzlich gemeldete Nachricht, daß der Oberkirchenrath dem Dr. Sydow die Fortführung des Konfirmanden-Unterrichts gestattet habe.

— Wie vorauszusehen war, ist im Reichswahlbezirk Glauchau in Sachsen, der bisherige Abgeordnete Drechslermeister Bebel, dem von Rechtswegen das Mandat (wegen Majestätsbeleidigung) aberkannt worden, wiedergewählt worden. Eine Privatdepesche der „Demokr. Ztg." meldet: „Glauchau, 20. Januar. Bebel gewählt. Sieg auf der ganzen Linie. Begeisterung groß. Näherer Bericht folgt. Auer." Herr Bebel verbüßt bekanntlich gegenwärtig eine längere Gefängnißstrafe.

— Seitens des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten ist eine Uebersicht der länger als zehn Jahre definitiv angestellten Lehrer und Lehrerinnen der öffentlichen Elementarschulen von den Bezirksregierungen erfordert worden. Dieselbe ist nach zwei Formularen für Lehrer und Lehrerinnen getrennt aufzustellen und schleunig zu erledigen.

— Das „Deutsche Postarchiv" veröffentlicht den zur Zeit dem Bundesrathe vorliegenden Entwurf eines Gesetzes, welches in Abänderung des Reichsgesetzes über das Posttaxwesen vom 28. Oktober 1871 eine wesentliche Umgestaltung und Erleichterung des Päckerei- und Geldbeförderungs-Tarifs der deutschen Reichspost bezweckt. Derselbe lautet:

§ 1. Packetporto. Das Porto für Packete beträgt: 1) Bis zum Gewichte von 5 Kilogramm einschließlich: a. auf Entfernungen bis 10 Meilen einschließlich 2½ Sgr., b. auf alle weiteren Entfernungen 5 Sgr. Für unfrankirte Packete wird ein Portozuschlag von 1 Sgr. erhoben. 2) Beim Gewichte über 5 Kilogramme: a. für die ersten 5 Kilogramme die Sätze wie vorstehend unter 1), b. für jedes weitere Kilogramm oder den überschießenden Theil eines Kilogramms bis 10 Meilen ½ Sgr., über 10 bis 20 Meilen 1 Sgr., über 20 bis 50 Meilen 2 Sgr., über 50 bis 100 Meilen 3 Sgr., über 100 bis 150 Meilen 4 Sgr., über 150 Meilen 5 Sgr. Bei Packeten, deren Umfang in offenbarem Mißverhältnisse zu ihrem Gewichte steht (sperriges Gut), wird das nach 1 oder 2 zu erhebende Porto um die Hälfte erhöht.

§ 2. Porto- und Versicherungsgebühr für Sendungen mit Werthangabe. Für Sendungen mit Werthangabe wird erhoben: a. Porto, und zwar 1) für Briefe ohne Unterschied des Gewichts, auf Entfernungen bis 10 Meilen 2 Sgr., auf alle übrigen Entfernungen 4 Sgr. Für unfrankirte Sendungen wird ein Portozuschlag von 1 Sgr. erhoben. 2) Für Packete und die dazu gehörige Begleitadresse: der nach § 1 sich ergebende Betrag; und b. Versicherungsgebühr ohne Unterschied der Entfernung und zu jeder Höhe der Werthangabe gleichmäßig ½ Sgr. für je 100 Thlr. oder einen Theil von 100 Thlrn., mindestens jedoch 1 Sgr.

§ 3. Das in den §§ 1 und 2 vorgesehene Zuschlagporto wird bei portopflichtigen Dienstsendungen (§ 1 des Gesetzes über das Posttaxwesen vom 28. Oktober 1871) nicht erhoben.

§ 4. Das gegenwärtige Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1874 in Kraft. Mit dem gleichen Termine treten die entgegenstehenden Bestimmungen in den §§ 2 und 3 des Gesetzes über das Post-Taxwesen im Gebiete des deutschen Reichs vom 28. Oktober 1871 außer Wirksamkeit.

— Zu Ende v. J. ist das definitive Hauptresultat der Volkszählung im preußischen Staate am 1. Dezember 1871 zusammengestellt worden. Es ergeben sich danach als ortsanwesende Bevölkerung der Provinzen Preußen 3,137,282, Brandenburg 2,863,195, Pommern 1,431,713, Posen 1,583,804, Schlesien 3,707,122, Sachsen 2,103,137, Schleswig-Holstein 995,942, Hannover 1,956,998, Westfalen 1,775.246, Hessen-Nassau 1,400,394, Rheinland 3,579,464, Hohenzollern 65,559, Jadegebiet 3789 Personen. Rechnet man hierzu den mit Braunschweig gemeinschaftlich besessenen Kommunalharz mit 690, die Okkupationsarmee in Frankreich mit 37,218 und den auf Kriegsschiffen

außer Landes befindlichen Theil der deutschen Marine mit 2196 Personen, so erhält man eine Gesammtbevölkerung von 24,643,874. Die Zunahme gegen die voraufgegangene Volkszählung vom 3. Dezember 1867 beträgt 672,412 oder nach Abrechnung der damals bei Preußen mitgerechneten preußischen Truppen in anderen norddeutschen Staaten 654,184 Personen.

Stettin, 20. Jan. Gegenwärtig bereitet sich hier ein Monstre-Prozeß vor. Die Polizei ist einer großen Hehlerbande auf die Spur gekommen, die von den Schiffern, welche den Transport des Eisens von England und Amerika nach hier besorgten, enorme Quantitäten dieses Metalls gekauft hat. In beiden Ländern besteht nämlich der Gebrauch, beim Verladen des Eisens ein Uebergewicht zu gewähren, das den Empfängern zu Gute kommt. Seit längerer Zeit aber vermißte man regelmäßig diese sogenannte Ueberfracht, was den Verdacht einer Unterschlagung derselben Seitens der Schiffer erweckte. Endlich ist man nun dieser Diebesindustrie auf die Spur gekommen und sind bereits über 40 Personen, darunter einer der reichsten jüdischen Kaufleute der Stadt, gefänglich eingezogen. Die Recherchen in dieser Sache sind noch lange nicht beendet.

Breslau, 20. Jan. Am 16. d. M. verschied in Breslau der General der Kavallerie z. D. Graf Franz v. Waldersee in seinem 82. Lebensjahre. Der Verstorbene wurde 1858 General der Kavallerie und Militärgouverneur der Provinz Posen, 1861 Chef des schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 4 und 1864 Gouverneur von Berlin, welchen Posten er bis kurz vor dem letzten Kriege bekleidete.

Bonn, 20. Jan. Die „Germania" bringt folgende Nachricht: Heute (am 17. d. M.) wurden die drei Herren, welche auf Auftrag der hier abgehaltenen Katholikenversammlung das Telegramm an den h. Vater unterschrieben hatten, vom Untersuchungsrichter vernommen, weil in jenem Telegramm eine „Majestätsbeleidigung" gefunden worden ist. Die „D. R. Z." berichtigt diese Mittheilung dahin, daß die Vorladung des Frhrn. v. Loë auf den 21. d. M. lautet. Der Vorgeladene werde in seiner Eigenschaft als Abgeordneter zuvor die Genehmigung, sich dem Instruktionsrichter zu stellen, beim Abgeordnetenhause nachsuchen.

Dresden, 20. Januar. Gestern früh 2 Uhr ist hier nach längeren Leiden der Geh. Rath und Abtheilungs-Direktor im Ministerium des Innern, Dr. Christian Albert Weinlig, im 61. Jahre seines Alters sanft entschlafen. Die „Dresd. Nachr." schreibne: Bei der hervorragenden geistigen Begabung, sowie der Vielseitigkeit und Bedeutsamkeit des Wissens und Könnens, welche diesen um die Entwicklung der sächsischen Industrie hochverdienten Staatsbeamten nicht minder auszeichnete, als seine persönliche Lebenswürdigkeit und die ihm besonders eigene Sicherheit und Gewandtheit im geschäftlichen Verkehre, wird der Verlust des Verewigten in den weitesten Kreisen des Vaterlandes und über dessen Grenzen hinaus als ein schmerzlicher, ja, es darf gesagt werden, in mancher Beziehung unersetzlicher empfunden werden und hat bereits in allen Kreisen unserer Stadt die lebhafteste Theilnahme erweckt.

München, 19. Januar. Die gesammte nationale bairische Presse folgt den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über die Gesetzentwürfe zur Regelung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche mit dem gespantesten Interesse. Die „Wochenschrift der Fortschrittspartei" findet mit diesen Entwürfen das Wort des Reichskanzlers: „Nach Canossa gehen wir nicht!" voll eingelöst und meint: „Unbeschadet einzelner Ausstellungen und Modifikationen kann man behaupten, daß die Nation diese Gesetzentwürfe schon angenommen hat. Die Nation sagen wir — denn obgleich es sich hier formell nur um preußische Dinge handelt, ist in Wirklichkeit damit die Bahn für ganz Deutschland gebrochen. Für uns in Baiern sind die Entwürfe insbesondere deshalb so interessant, weil sie die richtige Konsequenz eines Standpunktes sind, welchen das bairische Kultusministerium in verschiedenen Schriftstücken auseinandergesetzt, aber praktisch unausgeführt gelassen hat. Auch das bairische Ministerium hat anerkannt, daß bei dem Versagen der alten Machtmittel des Staates gegen die neuen Waffen des ultramontanen Kirchenthums eine neue Gesetzgebung nothwendig sei. Der preußische Kultusminister ist ans Werk gegangen und ganz Deutschland wird es ihm danken." Ganz in demselben Sinne äußert sich die „Allgem. Ztg." — Die bevorstehende Schwurgerichtssaison wird uns abermals einen interessanten Preßprozeß bringen. Mit Bezug auf die durch Bezirksgericht und Appellationsgericht erfolgte Verurtheilung des katholischen Pfarrers Lechner wegen Majestätsbeleidigung — eine Angelegenheit, die dem Pfarrer Mahr, Mitglied der Kammer der Abgeordneten, gar nicht anging — hat letzterer im September v. J. einen offenen Brief an den königl. Staatsanwalt am Bezirksgericht Freising, Hr. v. Stubenrauch, voll der stärksten Beleidigungen erlassen und dieselben durch die seitdem eingegangenen Spitzeder-Blätter „Volksboten" und „Münchener Tagblatt" veröffentlicht. Nunmehr sind durch Erkenntniß des oberbairischen Appellationsgerichts der Herr Pfarrer Mahr wegen Beleidigung des genannten Staatsanwaltes in Beziehung auf seinen Beruf, dann die Redakteure beide Blätter, Karl Zander und Dr. Fais wegen Theilnahme durch Beihilfe zu dem Vergehen, zur Aburtheilung vor das Schwurgericht verwiesen. Da Mahr voraussichtlich selbst vor den Schranken des Schwurgerichts erscheint, so wird es an sehr pikanten Szenen bei der Verhandlung nicht fehlen. — Die Wallfahrt nach Jerusalem ist dieser Tage wirklich begonnen worden. Etwa 20 Herren und mehrere Damen nehmen an derselben Theil, unter den ersteren nur ein Geistlicher. — Der Vater der „Bauernvereine", Stadtpfarrer Dr. Pfahler, erläßt bezüglich der von dem „Passauer Tageblatt" gebrachten Mittheilung, daß im katholischen Gesellenhause zu Deggendorf „Saufgelage" abgehalten und ohne Licht getanzt werde, ein geharnischtes Dementi. — Nach dem „Nürnb. Anzeiger" ist wegen verschiedenen bei der Verhaftung der Spitzeder vorgekommener Unordnungen von der Enthebung des Polizeidirektors v. Burcktorff von seinem jetzigen Posten die Rede.

München, 20. Jan. Einer der hervorragendsten altkatholischen Geistlichen unseres Landes, der frühere Pfarrer Bernard von Kiefersfelden bei Kufstein, ist am 17. d. M. zu Tübingen, wohin er sich nach der freiwilligen Aufgabe seiner Pfarrstelle zurückgezogen hatte, gestorben. Derselbe war ein reichbegabter, pflichttreuer und gemüthstiefer Mann. Die Seelenkämpfe, welche ihm sein Widerstand gegen das Unfehlbarkeitsdogma und seine nachträgliche Exkommunikation auferlegte, hatten seine Gesundheit erschüttert; nach wenigen Monaten friedlicher wissenschaftlicher Beschäftigung in der württembergischen Universitätsstadt erlag er einem Herzleiden.

Oesterreich.

Wien, 20. Januar. Vorgestern begann im Abgeordnetenhause in Pest die Budgetdebatte und noch nie ist diesem wichtigsten Theile seiner Berathungen mit solcher Spannung entgegengesehen worden, wie heuer. Allerdings ist die Finanzlage des Staates eine solche, daß nur rasche Umkehr von den bisher breitgetretenen Pfaden, nur eine neue, gesunde und umsichtige, nicht nach Utopien haschende, sondern streng mit den wirklichen Verhältnissen und Kräften rechnende Finanzpolitik helfen und die Finanzlage des Staates allmählich wieder besser gestalten kann. Wie die Regierung es anfangen wird, um aus dem jetzigen Labyrinthe herauszukommen, darüber ruht noch ein dichter Schleier. Möglich, daß sie selbst noch nicht weiß, welchen Weg sie einzuschlagen gedenkt. Als ein momentaner Nothbehelf wird eine Erhöhung der jetzigen direkten und indirekten Steuern und ein neues Anlehen geplant. — Die kroatische Frage wird von Tag zu Tag unerquicklicher und verwickelter, die Möglichkeit, eine halbwegs befriedigende Lösung derselben zu finden, immer schwieriger. Der schmutzigen Wäsche giebt es da die Hülle und Fülle. Der Karren ist auch da so tief verfahren, daß die Regierungsorgane als einziges Rettungsmittel die Verhängung einer strammen Diktatur über Kroatien anzurathen wissen, und zur Handhabung derselben den neuen Handelsminister, Grafen Zichy, empfehlen. Auch da wird wohl die Regierung, ehe sie zu solchen Maßnahmen schreitet, den Schritt sich zweimal überlegen, zumal auch Graf Zichy sich kaum entschließen wird, seine Hand dazu zu bieten. — Es verlautet, daß Freiherr v. Lasser die Erhöhung der Ziffer der Mitglieder des künftigen Abgeordnetenhauses auf 339 konzedirt habe.

W. **Lemberg**, 21. Januar. Das ruthenische Blatt „Slowo" veröffentlichte vor einigen Tagen den Text einer Petition, welche von den Gründern und Mitgliedern des Vereins „Narodny dom" (Nationales Haus) nach Wien gesandt wurde. In dieser Petition erklären sich die Ruthenen offen für die Wahlreform und verwerfen die von den Polen so hartnäckig vertheidigte Resolution, welche die Herrschaft des polnischen Elementes über alle andern in Galizien ansässigen Nationalitäten begründen soll. In der Petition wird die Resolution ausdrücklich als ein „dem Lande verderbliches die Staatseinheit bedrohendes Werk" bezeichnet. — Die römische Kurie beginnt bei uns in Kirchenangelegenheiten sich sehr breit zu machen. Man wird sich erinnern, daß viele unirte Priester aus Chelm in russisch Polen ausgewiesen worden sind, weil sie sich den Anordnungen der russischen Regierung nicht fügen wollten. Heute kommt nun die Nachricht, daß diese Priester auf Befehl des Vatikans Pfründen in der lemberger römisch-katholischen Erzdiöcese erhalten haben. — Von Wichtigkeit dürfte auch die Nachricht sein, daß der hervorragende polnische Schriftsteller J. J. Kraszewski seinen Kompatrioten empfiehlt, den Ultramontanismus zu bekämpfen. — Wenn wir den Mittheilungen des „Dzien. Polski" glauben dürfen, so wird der Statthalter Graf Agenor Goluchowski nicht nach Wien reisen, da er keinesfalls die Aufgabe übernehmen will, zwischen der Regierung und dem polnischen Reichsraths-Klub in der Wahlreform-Angelegenheit zu interveniren.

Frankreich.

Paris, 20. Jan. Wieder einmal etwas aus Deutschland, das den Franzosen Freude, und den Ultramontanen Hoffnung macht. Alle Blätter sind voll der „Rede" des Königs Ludwig II. von Baiern — denn so nennen sie die paar Worte, die der König in Füssen geäußert haben soll —, und sie jauchzen um so mehr, als, wie sie behaupten, die preußische Presse sie habe todtschweigen wollen und davon erst seit einigen Tagen in derselben die Sprache sei; was ganz falsch ist, da die Sache schon vor Weihnachten besprochen wurde. Besonders erfreut ist das Jesuitenblatt über die Umkehr des reuigen Sünders. „Weil wir", setzt das „Univers" hinzu, „von den Missethaten des Königs von Baiern geredet und von der Haltung, die er annehmen müßte, so glauben wir, eine Thatsache betonen zu sollen, welche der Art sein dürfte, daß sie hoffen lasse, der König Ludwig wolle zu einer seiner würdigeren und zugleich geschickteren Haltung sich bekehren. In der That wird behauptet, daß wenn der beim Papste beglaubigte Gesandte nicht gleichzeitig mit dem preußischen abberufen wurde, dies der Fall war, weil trotz dem Andringen Preußens wie seiner Minister Ludwig II. dies persönlich verweigerte. Man fügt hinzu, diese Frage könnte in München zu einer Kabinetskrise führen. Hoffen wir zu Baierns Ehre dieses." Natürlich die alten Illusionen, die man sich über die Lage in Baiern und überhaupt in Deutschland in den ultramontanen Kreisen Frankreichs macht. Indessen verdient diese allgemeine Schadenfreude, die sich in den Blättern aller Parteien verräth, denn doch in Deutschland, und zumal in Baiern, bemerkt zu werden. — Laut „Avenir National" soll der kaiserliche Prinz am 16. März, an welchem er 17 Jahre alt wird, volljährig erklärt werden. Man will auf diese Weise den Bewerbungen um die Regentschaft ein Ende machen. Rouher soll zum Kurator ernannt werden.

Es ist bezeichnend für die Jesuitenmoral des „Univers", daß es seinen frommen Lesern die allgemeine Zustimmung der europäischen Presse zu Bismarck's Vorgehen in der römischen Frage gar nicht anders erklären kann, als durch die gemeinsten Bestechungen. „Indem Fürst Bismarck", erzählt das „Univers" seinen Gläubigen, „jedes Jahr Millionen von Thalern an die kriechenden Journalisten Europas verschwendet, deren Mehrzahl seiner schlauen und wühlerischen Politik verkauft ist, hält er sich für stark genug, die öffentliche Meinung durch Gold und Eisen zu beherrschen." Dieses alles wird ihm jedoch nichts helfen, meint das Jesuitenblatt, die Geschichte wird ihn doch als den wirklichen Störenfried behandeln, der den Streit mit dem Papste angefangen hat. Mit solchen Artikeln füttert man die gläubigen Franzosen und wundert sich dann noch, wenn ihnen hinterher in der Welt Alles anders entgegentritt, als sie geglaubt haben.

Die Gerüchte, daß die Unterhandlungen wegen der Fusion in vollem Gange sind, werden von mehreren Seiten bestätigt. Es heißt, der Graf von Chambord habe einige Konzessionen betreffs der Fahne gemacht, und der Graf von Paris, sowie der Herzog von Nemours seien in Folge dessen bereit, sich demselben zu unterwerfen. Nur der Herzog von Aumale soll noch zurückhalten, da derselbe bekanntlich der Ansicht ist, daß die Chambordisten ohne allen Anhang im Lande sind, und die Unterwerfung der Prinzen unter ihren Vetter keine andere Folgen haben wird, als sie unpopulär zu machen.

Die Bonapartisten haben eine Schauergeschichte ausgeheckt, welche darauf berechnet ist, dem kaiserlichen Prinzen ein gewisses Relief zu verleihen und empfindsame Gemüther für ihn zu interessiren. Die londoner Polizei hat ihnen nämlich den Gefallen gethan, eine Verschwörung zu entdecken, welche direkt gegen den Erben des zweiten Kaiserreichs gerichtet war und bei Gelegenheit des Begräbnisses am 15. d. M. in Szene gesetzt werden sollte. Geplant war das angebliche Attentat von der Crême der kommunistischen Emigration, Pyat, Lissagaray und Konsorten, welche sich überdies mit Karl Marx, dem Führer der Internationale, ins Benehmen setzten. Ein Franzose, ein Italiener und ein Belgier hatten sich, wie das „Pays" sich berichten läßt, um die Ehre beworben, den Prinzen niederstoßen zu dürfen. Felix Pyat wählte aus diesem würdigen Trifolium den Italiener aus und beauftragte ihn, sich auf gute Manier den Prinzen zu nähern und ihn abzuthun. Die Leutchen hatten aber ihre Rechnung ohne die Polizei gemacht. Diese, durch das unmotivirte Auftauchen verschiedener Bassermann'schen Gestalten argwöhnisch geworden, verschärfte ihre Kontrole und es gelang ihr auch, mit Hilfe zweier Herren der napoleonischen Umgebung, ein Individuum von höchst zweifelhaftem Aeußern dingfest zu machen, als er sich in Camden-House einzuschleichen versuchte. Daß auch während der Dauer der Begräbnißfeierlichkeit das Leben des kaiserlichen Prinzen unangetastet blieb, ist nur den umsichtigen polizeilichen Vorkehrungen zu danken. Soweit das „Pays" dessen Berichterstatter den Ton höchster sittlicher Entrüstung anschlägt. In Paris macht diese neueste Reklame der Partei wenig Effekt; die Leute sind unter dem Empire gegen solche Attentatgeschichten zu sehr abgehärtet worden. — Der Avenir national schreibt: „Der Kriegs-

---

Theater, Musik, Kunst.

Richard Wagner feiert auf seiner Rundreise durch Deutschland mannigfache Triumphe. In Dresden veranstaltete der Wagner-Zweigverein am 14. d. M. im oberen Saale des Belvedere auf der Brühlschen Terrasse ein Festmahl, zu welchem sich Freunde und Verehrer des Komponisten zahlreich einfanden. Unter denselben befanden sich die hervorragenderen Wagner-Sänger der k. Oper, an ihrer Spitze Tichatschek, viele Mitglieder der k. Kapelle, endlich auch der ehemalige weimarsche Hof-Theater-Intendant Br. Beaulieu-Marconay, unter dessen Aegide Liszt dortselbst die Wagnerschen Opern zuerst zur Aufführung brachte. Gegen 9 Uhr erschien Wagner mit seiner Gattin, von Beifallszeichen begrüßt, und das Bankett nahm sofort seinen Anfang. Nach dem ersten Gange erhob sich der Vorstand des Wagnervereins, Hofrath Dr. Pusinelli, und brachte den ersten Toast auf den gefeierten Gast und sein künstlerisches Streben aus. Unter allgemeiner Spannung erhob sich Wagner zu einer längeren Ansprache, aus welcher wir, nach der „Dr. Presse", die interessante auf die erste Aufführung des „Rienzi" bezügliche Stelle entnehmen. Wagner erzählte, wie er als junger, ganz ungekannter Anfänger nach Dresden kam; er führte fast nichts mit sich als eine „ungeheuere dicke" Partitur. Diese überreichte er endlich dem Hoftheater — — freilich in der fast sichern Ueberzeugung, dieselbe schon wegen Voluminösität als unaufführbar zurück zu erhalten. In der That schüttelten Intendanz und Kapellmeister wenig beifallslustig die Köpfe..... aber ein einflußreicher Sänger, dem die Tenorpartie des neuen Werkes bestimmt war, begeisterte sich gar bald für dasselbe so sehr, daß die Annahme der Oper erfolgte, die Proben begannen und die Aufführung durchgesetzt wurde. Dieser begeisterte Sänger war Tichatscheck. (Stürmischer Beifall folgte diesen Worten, welchen der anwesende Künstler leuchtenden Blickes gelauscht hatte.) Wagner fuhr fort: die Aufführung dauerte von 6 bis gegen 12 Uhr! Nach dem dritten Akte gab es zwar noch reichlichlichen Beifall, trotzdem wappnete ich mich mit einer gewissen Resignation, denn ich glaubte kaum, daß das so „langwieriger" Vorstellungen nicht gewöhnte Publikum noch länger ausharren würde,..... ich zweifelte, daß die Oper zu Ende gespielt werden würde. Aber ich täuschte mich, das Publikum blieb treu bis zum Schlusse, und es war nicht gelangweilt, es ließ in seinem Beifall nicht nach. Andern Tags, schon früh acht Uhr, eilte Wagner ins Theater...... „um zu streichen". Eine zweite so lange Vorstellung würden sich die Dresdener, seiner Meinung nach, nicht gefallen lassen. Er ordnete alle erforlichen Kürzungen an. Um 2 Uhr ging er nochmals ins Theaterbureau, um zu sehen, ob seinen Anordnungen nachgekommen worden sei. Wie erschrak er, als er im Gegentheil erfuhr, daß die Wiederholung „ohne Striche" stattbaben würde. In seinem Innern grollte bereits der Vorwurf: das geschehe absichtlich aus Neid und Mißgunst, um die Oper, ungekürzt, am zweiten Abend um so sicherer umzubringen. So leichten Kaufs wollte er sich jedoch nicht gefangen geben. Er deprezirte: „Ich bin Herr meines Werkes, weshalb befolgt man nicht die Anordnungen, die ich getroffen habe?" — „Weil Herr Tichatscheck hier war und erklärte, er lasse sich nichts streichen, es wäre schade um jede Note, und er wolle die Partie vollinhaltlich singen, wie sie geschrieben sei!" (Neuer stürmischer Beifall.) „Diese Oper ist der noch jetzt als zerrupfte Henne herumflatternde Rienzi!" — Wagner begab sich von Dresden nach Hamburg und wurde dort von einer bedeutenden Volksmenge empfangen. Das Konzertkomite, welches den Meister mit vielen Hochs empfing, geleitete ihn nach seinem Hotel. Es hatten sich weit und breit Musiker ersten Ranges gemeldet, um bei den zu veranstaltenden zwei Konzerten mitzuwirken. Die Zahl derselben ist auf 120 beschränkt worden. — Am Sonntag Morgen wurde ihm vor dem Hotel de l'Europe ein Ständchen von 2 Militär-Musikchören gebracht.

Inzwischen ist Wagner zu einem Bankett nach Berlin eingeladen worden, welches der akademische Wagnerverein dort am 27. d. Mts. zu veranstalten gedenkt, und hat sein Erscheinen zugesagt.

Frau Pauline Lucca hat nunmehr, wie die berliner Zeitungen melden, die durch ihren Kontraktbruch verwirkte kontraktliche Konventionalstrafe gezahlt, und es ist ihr mit königl. Genehmigung die Entlassung aus dem Verbande der königl. Oper von der General-Intendantur gewährt worden. Demgemäß wird die Sängerin von jetzt an nicht mehr als „kontraktbrüchige" auf den Theaterzetteln zitirt. Freilich die Thatsache, daß die in Berlin sehr verhätschelte Künstlerin sich eigenwillig ihren vertragsrechtlichen Verpflichtungen gegen die königl. Bühne entzogen hat, bleibt an sich dieselbe, mag auch die bezügliche Geldfrage nachträglich erledigt sein.

Die am Sonnabend im Viktoria-Theater zu Berlin zum ersten Male aufgeführte Feerie: „Faust und die schöne Helena" hatte einen günstigen Erfolg. Der meiste Antheil an dem Erfolge fällt auf die gediegene Pracht, und den Geschmack, mit dem die Komparserieen und die Dekorationen ausgestattet sind. Gelingt es, die Längen in dem Stücke, die sich namentlich in dem Vortrage der Gesänge und der wenig witzigen Couplets zeigen, zu entfernen, so hat das Viktoria-Theater wieder ein Ausstattungsstück, das sich den beliebtesten dieses Theaters zur Seite stellen kann.

Es hat sich nun ein Komite gebildet, welches das Stadttheater in Hamburg in ein Aktienunternehmen umwandeln wird. Bereits wurden 150,000 Mark aufgebracht, während die Gesammtsumme 300,000 Mark beträgt.

Das Dresdener Herminia-Theater ist von einem Herrn Wilhelm Schöne für 194,000 Thlr. angekauft und dem Direktor Große, z. Z. in Görlitz, für die drei ersten Monate dieses Jahres verpachtet worden.

Der Schauspieler Berndt in Dessau, welcher den in flagranti ertappten Baßbuffo Weiß tödtete, ist der Sohn eines hannoverschen Schuhmachers und machte dort am Sommertheater auf der Marien-Insel 1849 seinen ersten Versuch auf der Bühne.

Wie die Wiener „Vorstadt-Ztg." meldet, hat dort am 16. d. die Vermählung des Herrn Franz Tewele mit Fräulein Josefine Gallmeier in aller Stille stattgefunden.

Frl. Klara Ziegler, welche am Mittwoch im Wiener Karltheater zum Besten des Journalisten- und Schriftstellervereins „Concordia" als Medea auftrat, hat am Abend der Vorstellung von genanntem Verein ein Geschenk zum Andenken erhalten. Dieses Souvenier besteht in einem silbernen Schreibzeug, dessen Deckel eine Muse bildet, welche in der einen Hand eine goldene Feder (das Abzeichen der „Concordia" hält, während sich die andere Hand auf einen Schild stützt, in welchem nachstehende Widmung eingravirt ist: ‚Der gefeierten Künstlerin Klara Ziegler zur Erinnerung an den Wiener Journalisten- und Schriftsteller-Verein „Concordia". 15. Januar 1873.

Im Pariser Gymnase zu Paris wurde am 16. eine neue Ehebruchskomödie von Alex., Dumas Sohn: „Das Weib des Claude" aufgeführt, ein dramatisches Plaidoyer für die bekannte These des Verfassers, daß der beleidigte Ehemann das Recht hätte, die Schuldige zu tödten. Das Publikum, dieser ewigen Ehe, bruchsphilosophie auf den Brettern müde, wies das Stück trotz der ausgezeichnet Darstellung und vieler interessanten Einzelheiten mit Protest zurück.

Die im vorigen Sommer veranstaltete Konkurrenz um das in Berlin zu errichtende Göthedenkmal führte bekanntlich zu keinem definitiven Ergebniß; es wurde vielmehr eine engere Konkurrenz zwischen den Bildhauern Dondorf (in Dresden), Kalandrelli, Schaper und Siemering (in Berlin) beschlossen. Die in Folge dessen zu Anfang dieses Jahres neu eingesendeten sechs Skizzen sind dem Publikum gegenwärtig in dem assyrischen Saal der Skulpturengallerie des k. Museums auf kurze Zeit zur Ansicht ausgestellt.

Das seit dem Herbste 1866 in Koburg bestehende Komite zur Errichtung eines Denkmals für Friedrich Rückert, das, nachdem am 28. Oktober 1869 die Kolossalbüste des Dichters, in Tyroler Mar-

minister ist davon benachrichtigt worden, daß die bonapartistische Propaganda ihre Anstrengungen verdoppelt und öffentlich in den Lagern betrieben wird. Der Marschall Mac-Mahon hat den unter seinen Befehlen stehenden Chefs in dieser Beziehung die strengsten Ordres ertheilt.“ Außerdem: „In den Gängen der Kammer spricht man von einem Mordversuche, der gestern Abend gegen den Erzbischof von Paris stattgefunden haben soll.“

Spanien.

Madrid, 18. Januar. Eine karlistische Bande steckte heute Morgens das Stationsgebäude der Station Hornain der nördlichen Eisenbahn in Brand; dieselbe begab sich hierauf nach dem benachbarten Dorfe Astigarraga, wo zwei Liberale füsilirt wurden. Eine Truppen-Abtheilung ist zu ihrer Verfolgung abgegangen. In der Provinz Guipuzcoa herrscht unter den Liberalen große Aufregung. Die Regierung entwickelt große Energie in Verfolgung der Karlisten.

Italien.

!? **Rom**, 19. Januar. Die Universitäten Bologna, Padua und Rom sind vom Verein der Freunde der Wissenschaft in Posen eingeladen worden, sich an den Festlichkeiten zu betheiligen, welche die Polen am 19. Februar in Thorn zur Feier des 400jährigen Geburtstages des berühmten polnischen Astronomen Kopernikus begehen wollen. Unser seit mehreren Jahren dort ansässiger Landsmann Vincengo Arnese ist von gedachtem Verein abgesandt worden, um die Einladungen zu überbringen, und die Rektoren der Universitäten haben die Einladungen dankbar und freudig entgegen genommen und tragen großes Verlangen, ihm zu folgen und sich an der Feier des großen Astronomen, welcher in Italien studirt, promovirt und dozirt hat, sich zu betheiligen. — Der römische Korrespondent der „Gazetta von Venedig“ versichert, daß, als man den Abgeordneten Rattazzi aufgefordert hatte, eine Subskription für das Napoleonsdenkmal von Seiten der Kammermitglieder anzuregen, er erklärt hat, daß er für seine Person es unbedenklich thun würde, daß er aber bei seinen Freunden auf den Oppositionsbänken auf Widerstand zu stoßen fürchte.

Rußland und Polen.

⚭ **Petersburg**, 20. Januar. Ich beeile mich, Ihnen folgende Nachricht mitzutheilen. Am heutigen Tage beginnt in Moskau die öffentliche Verhandlung wider Sjergiej Njetschajew. Die Akten sind sehr umfangreich und ist bis jetzt nur so viel bekannt, daß die Zeugen Uspjenski, Kuschnjecow, Pryschow und Nikolajew aus Sibirien nicht zurückgebracht worden sind. Man wird sich mit dem Verlesen ihrer Aussagen begnügen und sind außerdem noch sechs Zeugen vorgeladen. Wie verlautet, soll der schweizer Konsul von amtswegen den Verhandlungen beiwohnen. — Die polnischen Blätter haben die Rede Ihres Oberbürgermeisters dazu benützt, um die freundlichen Beziehungen zwischen Rußland und Preußen zu trüben, indem sie sich bemühten, jene Aeußerungen als den Ausdruck der Stimmung des preußischen Volkes darzustellen. Und wie ich aus Nr. 18 Ihrer Zeitung ersehe, hat Ihr warschauer Korrespondent mit der Bemerkung davon Notiz genommen, daß jene Rede in hiesigen Regierungskreisen sehr unangenehm berührt habe, weil die Worte des Herrn Kohleis als eine unmittelbar an die deutsche Regierung gerichtete Aufforderung zum Kriege gegen Rußland aufgefaßt werde. Ich kann Ihnen versichern, daß dies durchaus nicht der Fall ist, da man hier sehr wohl weiß, daß man in Deutschland an einen Krieg gegen Rußland gar nicht denkt. Ein hiesiges russisches Blatt, die „Birschewije Wiedomosti“ (Börsennachrichten) wendet sich direkt gegen die warschauer Korrespondenz der Posener Zeitung und sagt, indem sie seine Aeußerung widerlegt: „Wenn diese Rede in unseren offiziellen Kreisen Mißvergnügen hervorgerufen hätte, so könnte jetzt nicht von Verhandlungen zwischen beiden Regierungen die Rede sein, wie sie jetzt thatsächlich betreffs eines Schifffahrtsvertrages schweben. Die Rede des Herrn Oberbürgermeisters Kohleis wird also die freundschaftlichen Verhältnisse, welche zwischen beiden Regierungen bestehen, nicht trüben.“

Njetschajew, Mörder des Studenten Iwanow von der petrowskischen landwirthschaftlichen Akademie, ist am 4. Januar von Petersburg nach Moskau gebracht worden.

ȣ **Warschau**, 21. Jan. Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Regierung, ebenso wie dies in Litthauen und den südwestlichen Gouvernements geschehen ist, auch aus dem Königreich Polen eine aus hervorragenden Landwirthen und Industriellen bestehende Deputation nach Petersburg zu berufen, welche dort ihre Ansichten über die Ursachen der in den letzten Jahren auffallend zurückgebliebenen wirthschaftlichen Entwickelung des Landes und über die Mittel zur Beseitigung derselben darlegen soll. Politische Erwägungen sollen selbstverständlich von dem Programm der Deputation ausgeschlossen sein. — Die zahlreichen ruthenischen Geistlichen aus Galizien, welche in den letzten Jahren in der unirten Diözese Chelm angestellt worden sind, haben sich als überaus geschickte und eifrige Russifikatoren erwiesen und werden deßhalb von der Regierung auf jede Weise ausgezeichnet und namentlich zu den einflußreichsten und einträglichsten geistlichen Stellungen befördert. Gegenwärtig ist die Regierung darauf bedacht, auch ruthenische Elementarlehrer in möglichst großer Zahl aus Galizien herbeizuziehen, um sie zu Russifizirungszwecken in der Diözese Chelm im Lehrfache zu verwenden. Sie läßt zu diesem Zwecke durch Agenten Lehrer in Galizien anwerben und unterstützt die Angeworbenen reichlich mit Reise- und Equipirungsgeld. — Das Gouvernement Radom hat bei einer Bevölkerungszahl von ca. 400,000 Seelen über 2000 Branntweinschänken und nur 100 Volksschulen; es kommt mithin auf je 200 Seelen 1 Branntweinschänke und erst auf 4000 Seelen 1 Volksschule. (Nach den preußischen Gesetzen über die Schulpflicht kommt auf je 7 Seelen je 1 schulpflichtiges Kind. Darnach wären je 570 Kinder auf 1 radom'schen Schullehrer zu zählen. Anm. der Red.) Diese auf amtliche Ermittelungen gegründete statistische Notiz, die das Zahlenverhältniß der Schulen zu den Schänken auch in den übrigen Gouvernements des Königreichs Polen mit geringen Abweichungen darstellt, kennzeichnet die geistige Kulturstufe des Königreichs Polen vollständig. — Eine deutsche Aktiengesellschaft steht in Unterhandlung wegen Ankaufs eines in der Nähe der Stadt Olkusz befindlichen uralten Silberbergwerks, das schon seit Ende des 17. Jahrhunderts unbebaut liegt und das sie wieder in Betrieb setzen will. In der Bevölkerung der Umgegend hat sich noch die Erinnerung an den Silberreichthum des Bergwerks erhalten, von dem auch noch zahlreiche aus früherer Zeit stammende massiv-silberne Geräthschaften der Pfarrkirche in Olkusz beredtes Zeugniß geben.

Asien.

Yedo. Aus Korea lauten die Nachrichten sehr bös. Wir haben schon der Drohungen des Beherrschers von Korea an den Mikado erwähnt, wie auch der Absendung eines Japanischen Geschwaders mit einer Mission nach Korea, welches den Auftrag hatte, jenen zu vernünftigen Ideen zu bekehren. Nun sind Nachrichten in Yedo angelangt, welche melden, die Koreaner hätten sich der Japanischen Fregatte, an deren Bord sich die Mission befand, bemächtigt, und man ist dort wegen des Schicksals derselben sehr besorgt, da die Koreaner aufs höchste gegen den Mikado und alle Fortsschrittsfreunde in Japan erbittert sind, und in dieser Hinsicht keinen Spaß verstehen. Ob die Japanischen Kriegsschiffe im Fall eines ernstlichen Konflikts glücklicher gegen die Koreaner sein werden, als es die Französischen und die Amerikanischen waren, ist die Frage.

Amerika.

Newyork, 18. Januar. Im Osten sind schwere Regengüsse gefallen und die Flüsse sind in sehr beunruhigender Weise im Anschwellen. Die Philadelphia- und Eriebahn ist überschwemmt. Der Ankauf der Samana-Bai wird von der gesammten Presse verworfen. Die „New-York Tribüne drückt die Hoffnung aus, daß Volk und Regierung die Abenteurer auf San Domingo nicht im Unklaren darüber lassen werden, daß die Vereinigten Staaten mit ihrem Unternehmen nichts zu thun haben wollen.

Vom Landtage.

31. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 22. Januar. Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch mehrere Kommissarien. Vom Abg. Miquel ist der bereits bekannte Antrag auf Reform der preußischen Städteordnung eingegangen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Abg. Elsner v. Gronow, die Staatsregierung aufzufordern, darauf Bedacht zu nehmen, daß die Verwaltung der Staatsforsten dem Ressort des landwirthschaftlichen Ministeriums überwiesen werde.

Abg. Elsner v. Gronow: Die Forsten stehen unter der Verwaltung des Finanzministeriums. Einem Finanzminister, der so unendlich viel zu thun hat, und wenn er auch ein so eminenter Mann ist wie der jetzige, kann nicht zugemuthet werden, daß er sich um die Details der Verwaltung eines so über das ganze Land vertheilten Objektes bekümmere, wie es die Forsten sind. Das muß zweckmäßig ein Ministerium thun, das weniger beschäftigt ist. Forst- und Landwirthschaft sind so innig verbunden, daß sie auch von der Versammlung deutscher Landwirthe immer gemeinsam behandelt worden sind. Die Landwirtschaft bedarf der Forsten so dringend, daß es nöthig ist, denselben ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Sie haben eminenten Einfluß auf das Klima, von ihnen ist der Regenfall, die Speisung der Quellen und der damit zusammenhängenden Flüsse abhängig, sie halten die rauhen Nord- und Ostwinde ab, brechen die Gewalt des sengenden Föhn, schützen die dem Lande nützlichen Thiere, insektenfressende Vögel, mäusevertilgende Füchse (Heiterkeit), kurz, sie stehen in so innigem Zusammenhang mit der ganzen Landeskultur, daß sie auch nothwendig dem landwirthschaftlichen und keinem andern Ministerium zugewiesen werden müssen. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Abg. Schmidt (Stettin) gegen den Antrag: Sie wissen, daß im Jahre 1866 auch auf dieser (linken) Seite die Neigung herrschte, das landwirthschaftliche Ministerium reicher auszustatten. Bald jedoch änderte sich diese Stimmung, und es trat auf allen Seiten des Hauses die Neigung hervor, dieses ganze Ministerium aufzuheben, es zu parzelliren und seine einzelnen Zweige mit andern Ministerien zu vereinigen. So sprach noch Graf Schwerin es aus, daß das landwirthschaftliche Ministerium am besten mit dem des Innern zu verbinden sei, und auch, während der letzten Krisis im landwirthschaftlichen Ministerium hat sich die Presse lebhaft mit dieser Frage beschäftigt. Nach der Ernennung des neuen Ministers wäre eine nochmalige Diskussion der Frage nicht taktvoll. Ich muß der Finanzverwaltung das Zeugniß geben, daß sie die Forsten keineswegs in einseitig fiskalischem Interesse verwaltet hat, von keiner Seite ist ihr dieser Vorwurf gemacht worden. Ist der Vorredner auf Mäuse und Füchse gekommen, so hat das keinen ernsthaften Charakter. Durch die Annahme des Antrags würde von vornherein dem neuen Minister ein Vertrauensvotum gegeben, das er sich erst verdienen muß, der Finanzminister dagegen erhielte ein unverdientes Mißtrauensvotum.

Reg.-Kommissar Geheime Rath v. Hagen: Ohne in dem Antrage ein Mißtrauensvotum zu finden, kann ich doch versichern, daß die Rücksichten, die den Antragsteller veranlaßt haben, die Lösung der Verbindung zwischen Forsten und Finanzen zu fordern, ganz ebenso beim Fortbestehen dieser Verbindung wahrgenommen werden können und bisher in ausreichendem Maße wahrgenommen sind. Domänen und Forsten haben allerdings verfassungsmäßig zunächst wichtige finanzielle Zwecke zu erfüllen, sie bringen der Staatskasse eine jährliche Einnahme von 24 Millionen Thalern, und das ist ein so wichtiges Objekt, daß der Finanzminister es nicht wohl aus der Hand geben kann. Die Verbindung der Forst- und Finanzverwaltung findet sich auch nicht nur in Preußen, sondern auch in fast allen deutschen und auswärtigen Staaten. Die preußische Forstverwaltung hat sich stets vor Augen gehalten, daß die Staatsforsten der Gesammtheit der Nation gehören und daß ihre Ausnutzung nur im allgemeinen Landes- und Kulturinteresse geschehen darf. Ich glaube daher, Ihnen die Annahme des Antrages nicht empfehlen zu können.

Abg. v. Wedell (Behlingsdorff): Im Jahre 1868, als der Abg. Schmidt noch den ländlichen Wahlkreis Stettin vertrat, sprach er sich mit großer Wärme über Domänen und Forsten aus, jetzt als Vertreter des städtischen Wahlkreises scheint er das nicht mehr zu wollen (oho! links). Nach Ernennung des neuen landwirthschaftlichen Ministers stehen wir vor der Frage, ob wir auch ferner ein landwirthschaftliches Ministerium haben wollen, dem wesentliche, der Sache nach ihm zustehende Disziplinen vorenthalten werden. Ich protestire gegen jedes Mißtrauens- oder Vertrauensvotum, das in diesem Antrage liegen könnte. Ich gehe allein von der Ansicht aus, daß wir dem landwirthschaftlichen Ministerium mehr Inhalt geben müssen, wenn es nicht eine Karrikatur bleiben soll, wir müssen dem neuen Minister eine Stütze bieten in dem Kampf, sich das zu gewinnen, was ihm naturgemäß zusteht. Ich bitte, nehmen Sie den Antrag an.

Abg. Richter (Hagen) gegen den Antrag: Dem Vorredner erwiedere ich, daß wir auf unserer Seite uns nicht als Vertreter der Städte oder des platten Landes, sondern nach § 83 der Verfassung als Vertreter des ganzen Volkes ansehen. Diese Vorwürfe scheinen absichtlich zu einer Zeit sich zu häufen, wo wir vor Neuwahlen stehen, und sie geschehen von einer Seite des Hauses, die sich zum Ziel setzt, eine Partei der landwirthschaftlichen Interessenvertretung zu bilden. Der Antrag selbst leidet an einer formellen Unklarheit. Wollen Sie, daß so bald wie möglich die Forstverwaltung auf das landwirthschaftliche Ministerium übergeht, so müssen Sie bei der dritten Lesung des Etats beantragen, das Kapitel Forstverwaltung vom Finanzetat auszuscheiden und dem landwirthschaftlichen Ministerium zu überweisen; andernfalls kann der Antrag vor dem folgenden Etatsjahre nicht in Erfüllung gehen. Ich verwahre mich von vornherein gegen die Berechtigung der Regierung, im Lauf des Jahres solche Veränderung vorzunehmen, das wäre eine schwere Verletzung unseres Etatsrechts. Solche Verletzung hat schon im vorigen Jahre durch Uebetragung des Veterinärwesens an das landwirthschaftliche Ministerium stattgefunden. Heute, wo das Oberrechnungskammergesetz besteht, ist die Gesetzwidrigkeit solcher Maßregel unzweifelhaft. Die Annahme des Antrages würde der richtigen Benutzung der Domänen großen Schaden thun; Domänen und Forsten hängen aufs engste zusammen, von der einen Verwaltung ressortirt die andere und umgekehrt, es findet ein fortwährender Austausch von Grundstücken zwischen beiden statt. Es hat sich bisher kein praktisches Bedürfniß für die Trennung herausgestellt. Es giebt kaum einen Verwaltungszweig, gegen den hier im Hause weniger Beschwerden laut geworden sind, als die Forstverwaltung, während

(Fortsetzung in der Beilage.)

---

mor ausgeführt, zu Neuseß aufgestellt worden war, nur noch für die Erhaltung des Monumentes zu sorgen hatte, hat sich in diesen Tagen aufgelöst und in der „Koburger Zeitung“ einen kurzen Rechenschaftsbericht veröffentlicht. Das Denkmal ist Eigenthum der Gemeinde Neuseß geworden, woselbst Friedrich Rückert seinen „Liebesfrühling“ lebte und dichtete, seinen Lebensabend beschloß und nunmehr im Grabe ruht; dieselbe hat sich unter Oberaufsicht des Landrathsamtes Koburg zur würdigen Instandsetzung desselben für ewige Zeiten verpflichtet und dafür ein Kapital von über tausend Gulden empfangen. Die Gesammtsumme der aus allen Theilen der Welt eingegangenen Beiträge erreichte nahezu die Summe von 7000 Gulden, von welcher sämmtliche Kosten vollständig gedeckt werden konnten.

In Ehringen im Ries beabsichtigen die Freunde und Verehrer von Melchior Meyr, diesem wackeren, verdienstvollen Schriftsteller (dem Verfasser der „Erzählungen aus dem Ries“), ein Denkmal in Erzguß zu errichten.

Frankreich und Deutschland.

Eine nicht üble Satyre über das Eindringen des französischen Elements in die deutsche Sprache, Kunst und Literatur liefert ein Korrespondent des Brüsseler „Echo du Parlament“. „Versetzen wir“ — so schreibt derselbe — „einen Deutschen und einen Franzosen nach Berlin. Nehmen wir an, der Erstere sei ein wackerer Bursch, den man hinter dem Pfluge hinweggenommen, um ihn in zweierlei Tuch zu kleiden, und der Zweite ein würdiger Krämer aus der Rue Montmartre, der, um sich in seinem Viertel interessant zu machen, die Besieger der großen Nation an der Quelle studiren wollte. Der junge Mann vom Dorfe steigt bei der Station aus und begiebt sich nach der Kaserne. Dort sagt man ihm, er gehöre nun zum Militär und steckt ihn in die Uniform. Als Rekrut (recrue) wird er dem Instruktor oder dem Sergeanten anvertraut und lernt exerziren; wenn er gut gebaut ist, wird man einen Kürassier aus ihm machen und er tritt in das Regiment, in die Eskadron Numero so und so viel des Garde-Corps ein. Er kann auch Grenadier oder in ein Füsilier-Bataillon inkorporirt werden, dann ist er anstatt in der Kavallerie nur ein Infanterist. Paßt er zu keiner dieser Divisionen, stellt man ihn bei der der Artillerie ein. Nach zwei Tagen ist der arme Junge vollständig verwirrt; jedes Wort, welches er hört, kommt aus einer fremden Sprache. Seine Chefs haben Grade, die er bisher nicht kannte. Lieutenant, Kapitän ꝛc. Wüßte er nicht, daß er in Berlin sei und fühlte er nicht die Pickelhaube auf seinem Kopfe, wahrhaftig, er würde glauben in der französischen Armee zu dienen. — Empfangen wir jetzt unsern Pariser. Er verläßt das Coupé und steigt in einem Hotel ab. Er ruft den Garcon, verlangt zu diniren. Nach einer Stunde Wartens ist servirt. Auf der Karte darf er nach Belieben „Pôtage à la français, à la plintemps, à l'espagnole wählen, oder vielleicht gefällt ihm Fricassé oder eine illustrirte Gurke (!!) (cornichon) oder Salat — kurz Menu und Weine werden ihm sehr bekannt vorkommen, ob sie ihm aber auch pompös (pompeusement) schmecken werden, das ist eine andere Frage. — Führt man die Beiden, den Rekruten und den Pariser Bürger, nach den Theatern, so werden sie nur französische Stücke finden: Hier Mignon, dort Prinzessin Georges, dann die weiße Katze Chatte blanche), die Baronin, Fernande, Tricoche und Cacolet. Und so gehts fort. Aber das schlimmste ist, daß auch die Gelehrten selbst von dem französischen Gifte infizirt sind. Ich habe eine neue Brochüre unter den Augen, „Deutsche Briefe“ von Dr. Zunz. Der Verfasser kritisirt die Journalisten und Schriftsteller, welche sich in Barbarismen ergeben. Er appellirt an ihren gesunden Sinn, er konstatirt, daß man keine ernstlichen Anstrengungen mache; die maßgebenden Kreise protestiren nicht, weil se das für inopportun (!) halten, im Gegentheil, man findet es interessant ꝛc. Und Herr Zunz ist ein gelehrter Philologe! Der Baum ist also hoch genug gewachsen, und Diejenigen, welche ihn fällen wollen, stolpern selbst über die Wurzeln!“ — Natürlich giebt der Artikel den französischen Blättern weidlichen Stoff zu allerhand guten und schlechten Witzen und der würdige „Figaro“, der Alles mit einer Anekdote schließen muß, weiß auch hierauf eine, nämlich die von jener jungen Bäuerin, welche mit der Eisenbahn fahrend, auf einer Zwischenstation aussteigen wollte, aber die Thür nicht öffnen konnte. „Sie, Herr Aufmacher!“ ruft sie. Der Schaffner hört nicht. „Sie, Herr Zwicker!“ Keine Antwort. „Herr Herumlaufer!“ Tiefes Schweigen. Der Zug fährt weiter. — Hat der „Figaro“ so ganz unrecht, wenn er behauptet, der Schaffner würde gekommen sein, wenn die Bäuerin „Herr Kondukteur!“ gerufen hätte?

Aus Paris.

Wir lesen in den pariser Blättern folgendes Sittenbild, das freilich auch in jeder andern Großstadt in ähnlicher Weise zu finden sein dürfte: Seit Längerem bestand in der Rue de Suresnes 21b ein öffentliches Haus, das sich vermittelst zweier kleiner Pforten nach der Straße öffnete und ein recht geheimnißvolles Aussehen besaß. Die Einrichtung der der Liebesgöttin oder vielmehr dem Treiben ihrer Diener und Dienerinnen geweihten Räume war eine luxuriöse; durch alle Zimmer und Gänge, über alle Treppen liefen weiche Teppiche, welche den Fußtritt dämpften. Dichte Portièren aus reichem Materiale verbargen die Thüren, die sich ohne störendes Knarren in ihren Angeln drehten. Statuen, Bilder, Bronzewaaren, Kunstgegenstände verschiedener Art — Nichts fehlte. Die Herrin dieses Venusberges war ein nichts weniger als hübsches Frauenzimmer, vielmehr eine häßliche Alte nach der Art der Frau Marthe im „Faust“. Dafür aber wußte sich diese Dame, Auguste Rondy mit Namen, mit einer Schaar reizender Weiber zu umgeben, die aus der Liebe ein Geschäft machten, und so lebte man recht fröhlich bei Madame Rondy, um so mehr, da dieselbe ihre Kunden nicht gar zu arg schröpfte. Trotzdem sackte sie sehr „honnete“ Summen ein, denn sie ließ nur feine Damen der Halbwelt in ihr Etablissement und rekrutirte ihre männlichen Kunden aus dem high life, bei dessen Mitgliedern sie auf Rosapapier in zierlicher Antiquaschrift gedruckte Zirkulare umhersandte. Unglücklicher Weise fiel eines dieser duftigen Zirkulare dem Polizeikommissär in Strafsachen, Herrn Macé, in die Hände, und nun war's um den Venusberg geschehen. Am 14. d. Abends drang Macé in Begleitung mehrerer Polizeiagenten in das Etablissement, dessen ständige und zeitweilige Insassen er gerade an der Tafel fand. Die Zahl der Sirenen betrug achtzehn; das Costume Sämmtlicher ließ an Vollständigkeit so ziemlich Alles zu wünschen übrig. Das Entsetzen der Gesellschaft war unbeschreiblich. Die männlichen Stammgäste des Hauses erhoben sich und protestirten gegen die Verletzung des Hausrechtes. Die Agenten achteten nicht darauf, sondern nahmen sogleich die Konskription der Anwesenden und das Inventar der Anstalt vor und belegten die Bücher derselben, die in musterhafter Ordnung befunden wurden, mit Beschlag. In diesen Büchern waren mehr als hundert Frequentantinnen, zum Theil aus der vornehmen Welt verzeichnet. Etwa zwanzig Schauspielerinnen größerer und kleinerer pariser Bühnen, besonders von den Variétés und den Bouffes, fanden sich gleichfalls darunter, so die Damen Alice Regnault (eine der hübschesten, bekanntesten und beliebtesten pariser Soubretten, Debreux und Mery Laurent. Alle diese Kostgängerinnen der sauberen Anstalt werden sammt der würdigen Madame Rondy vor dem Zuchtpolizeigericht erscheinen, so daß ein großartiger Skandal in Aussicht steht. Zunächst wurden Madame Rondy und die achtzehn anwesenden Dirnen auf die Polizeipräfektur geführt und mußten dort die Nacht verbringen. Tags darauf staute sich vor der Präfektur eine stattliche Wagenburg; die Freundinnen der Internirten waren nämlich in ihren Equipagen gekommen, um deren einstweilige Freilassung zu erwarten. Fünf unter den Internirten sind ganz junge Mädchen und Elevinnen des pariser Konservatoriums für Musik.

Tagesüberſicht.

Poſen, 23. Januar.

Gramont-Beuſt und kein Ende! So ſehr man auch nach den letzten Enthüllungen Gramonts hätte annehmen ſollen, daß ſich Niemand mehr dazu hergeben würde, für den Grafen Beuſt einzutreten, ſo haben ſich doch noch zwei Verehrer des großen Staatsmannes in partibus infidelium von demſelben noch nicht losſagen können, nämlich Herr v. Dalwigk, der heſſen-darmſtädtiſche Ex-Miniſter, deſſen Leumundszeugniß wir geſtern mittheilten, und das amtliche „Dresdener Journal", welches ſchwerlich Jemand um die übernommene Mohrenwäſche beneiden wird. Das „Dr. J." läßt ſich nämlich aus Wien ſchreiben: „Ein Wort der Abwehr verdient noch die unbegreiflicher Weiſe ſo oft wiederkehrende Beſchuldigung gegen den Grafen Beuſt, daß er undeutſche Politik getrieben habe. Er hatte weder deutſche Politik zu machen, noch franzöſiſche, ſondern öſterreichiſche, und das iſt denn doch ein kleiner Unterſchied. Daß aber der Weg, den er einſchlug, vom öſterreichiſchen Standpunkte der richtige war, hat der Erfolg bewieſen. Das „Dr. J." wird wohl zugeben, daß nur der Erfolg der deutſchen Waffen es war, der dem Grafen Beuſt die Luſt benahm, den eingeſchlagenen Weg weiter zu verfolgen.

Die Gerüchte von einem Vermählungsprojekte des Prinzen Alfred von England mit einer ruſſiſchen Prinzeſſin bedürfen durchaus der Beſtätigung. — Graf Schuwalow ſoll ſich übrigens über den Erfolg ſeiner Miſſion wegen Zentralaſiens ſehr befriedigt ausgeſprochen haben, und damit erweiſt ſich unſere Kennzeichnung des nachträglichen provozirenden Verhaltens der engliſchen Preſſe als richtig. Was die Zukunft bezüglich der zentral-aſiatiſchen Frage mit ſich bringen wird, darüber wird ſich kein ernſter Politiker heute ſchon den Kopf zerbrechen!

Thiers ſoll kürzlich zu einem Mitgliede der National-Verſammlung geſagt haben: „man unternehme jetzt in Europa einen Kreuzzug gegen das Papſtthum, und der Mann, der ſich an die Spitze dieſes Feldzuges gegen den Heiligen Stuhl geſtellt habe, ſei Herr von Bismarck, welcher das Königreich Italien als ſeinen Verbündeten in dem großen Kampfe anſehe und behandle." Dafür lieſt nun die „Nat.-Ztg." dem Präſidenten der franzöſiſchen Republik gehörig den Text. Sie ſagt u. A.:

„Es war bisher nicht Brauch, daß Regierungen großer Staaten ſolche Urtheile über einander fällten. Herr Thiers muß doch wiſſen, daß es in Deutſchland viele Katholiken giebt, die gegen die Reichsregierung aufgeregt werden können durch ſeine Worte. Seine Aeußerung iſt ſonach von einer ungewöhnlichen Rückſichtsloſigkeit gegen die deutſche Regierung, und er ſetzt aus den Augen, daß Männer ſeines Ranges es ſonſt zu vermeiden pflegen, ſich in fremdländiſche Angelegenheiten mit ihrem Urtheile einzumiſchen".

Inmitten der furchtbaren Schwankungen innerhalb der höchſten Staatskörperſchaften Frankreichs iſt nur eine Partei ſtetig und in ſichtlichem Wachsthum begriffen. Nämlich die klerikale. Die Schwierigkeiten, welche dieſe Partei der Regierung bereitet treten nicht ſo offen zu Tage, allein ſie ſind um ſo bedrohlicher. Die Partei wirkt in Frankreich augenblicklich nach drei Richtungen hin. Erſtens tritt ſie, wie auch in anderen Ländern, der Reorganiſation des Unterrichtsweſens auf das Entſchiedenſte entgegen, ſie bekämpft den obligatoriſchen, unentgeltlichen Laien-Volksunterricht; ſie ſucht zweitens das leidliche Einvernehmen zwiſchen Frankreich und Italien, ſo weit es in ihren Kräften ſteht, zu zerſtören. Die letzten Vorgänge auf dem Orénoque, das Entlaſſungsgeſuch des franzöſiſchen Geſandten am Vatikan, die Ernennung Corcelles' zum Vertreter der franzöſiſchen Republik am päpſtlichen Stuhle, das ſind recht grelle Schlaglichter, welche das Treiben der Ultramontanen in Frankreich in ſehr charakteriſtiſcher Weiſe beleuchten. Und endlich drittens, ſucht die klerikale Partei Einfluß und Anſehen in der Armee zu gewinnen. Dieſe Seite der Agitation iſt ebenſo neu als beherzigenswerth, ſie läßt auf die letzten Abſichten der franzöſiſchen Ultramontanen ſehr ſichere Schlüſſe ziehen. Man kann kaum ein franzöſiſches Journal zur Hand nehmen, ohne darin eine Notiz zu finden von dem lebhaften Intereſſe, welches die Kleriker der neu zu reorganiſirenden Armee entgegenbringen. Die in Frankreich neu eingeführten Militär-Kaſinos zählen Geiſtliche zu ihren häufigſten und daſelbſt am liebſten aufgenommenen Beſuchern. Ja, es ſind Fälle vorgekommen, daß die Zahl der in die Militärkaſinos als Mitglieder eingetretenen Geiſtlichen die der Militärs ſchier erreichte. Selbſt Biſchöfe und Erzbiſchöfe haben es nicht verſchmäht, ihren Kollegen vom weltlichen Schwerte in den Kaſinos ihre Aufwartung zu machen. Die illuſtrirten franzöſiſchen Journale bringen darauf bezügliche Abbildungen und in holdeſtem ungetrübten Verein ſehen wir den Kardinal im Militärkaſino mit dem Offizier verkehren. Worauf hin dieſe Vereinigung der beiden organiſirten Gewalten abzielt, iſt unſchwer zu errathen. Es gilt dem Papſte zu Hilfe zu kommen, das heißt den ſtreitbarſten Gegner deſſelben anzugreifen. Gerade auf dieſen Zweig der klerikalen Agitation in Frankreich ſollte man in Deutſchland ein ſehr wachſames Auge haben.

Die „Wahlreform" in Oeſterreich fängt an zur Seeſchlange zu werden. Von einem Tage zum andern verſpricht die Regierung die Vorlage zu machen und ein „Morgen" nach dem andern kommt und vergeht ohne zum „Heute" zu werden, ohne das Elaborat an's Tageslicht zu bringen. Indeſſen mehrt ſich im ſlawiſchen Lager die Agitation gegen die Wahlreform und die Deklaranten Czechiens, wie die Reſolutioniſten Galiziens bieten alle ihre Kräfte auf, um die für den Beſtand Oeſterreichs nothwendige Wahlreform zu hintertreiben. Doch iſt der Regierung in Galizien ein neuer Bundesgenoſſe entſtanden, ein Bundesgenoſſe, der mit Rückſicht auf die in jenem polniſchen Lande herrſchenden Verhältniſſe von nicht zu unterſchätzender Bedeutung iſt. Der lemberger „Israelit" nämlich, das leitende Blatt der galiziſchen Judenſchaft, hat in jüngſter Zeit darauf hingewieſen, wie durch die bisherige Beſchickung zum Reichstage nur die polniſche Majorität des lemberger „Sejm" in Wien vertreten geweſen ſei. Unter dieſen Umſtänden ſind alle nicht rein polniſchen Elemente Galiziens in dauerndem Nachtheil, ſo allein iſt der traurige Zuſtand einer unter den zahlreichen Juden Galiziens ſtetig zunehmenden Bildungsloſigkeit, faſt gleichen Schritt haltend mit der Poloniſirung aller Landeslehranſtalten, zu erklären. Das genannte Blatt weiſt die galiziſchen Juden auf die Pflicht hin, nicht in Zukunft polniſche Junker in die Landbotenſtube zu entſenden.

Für das auf dieſer Seite Folgende
übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

es kein Dezernat giebt, worin bisher mehr unfähige Minister saßen, als das landwirthschaftliche Ministerium. Inzwischen ist die Krisis im landwirthaftlichen Ministerium zu Ende gegangen; der landwirthschaftliche Minister ist nicht mehr eine bloße Idee, er hat jetzt wieder Fleisch und Bein. Freilich wissen wir noch nicht, wie er aussieht, aber auch wenn ich ihn kennte, würde ich dadurch nicht viel klüger werden. Ich verstehe nicht viel von landwirthschaftlichen Dingen, habe mich jedoch bei Mitgliedern der rechten Seite, die ich wegen ihrer landwirthschaftlichen Kenntnisse hochschätze, erkundigt, was man so von dem neuen Minister zu erwarten habe. Da hat man mir gesagt, der Mann ist echt konservativ, er wird im Ministerium Bismarck kein hartmahlender Stein sein und im Ministerium Roon niemals das Konzert durch eine Dissonanz zu verschönern suchen; aber in Bezug auf die landwirthschaftlichen Fragen — da geschah allgemeines Schütteln des Kopfes. (Heiterkeit). Wir wissen also nicht, wie der neue Minister zu all den landwirthschaftlichen Fragen steht, die uns in letzter Zeit so vielfach beschäftigt haben, zu den Fragen des landwirthschaftlichen Unterrichts, der Dezentralisation u. s. w. Er wird durch das Vertrauen der Krone in dieses Haus geleitet, das Vertrauen des Landes (Ruf rechts: hat er schon! Heiterkeit) muß er durch Thaten erwerben. Aber Sie (nach rechts) argumentiren, weil dieser neue Minister, der Graf Königsmarck das Vertrauen der Krone in landwirthschaftlichen Dingen genießt, so gehen wir noch einen Schritt weiter und überweisen ihm auch ein Ressort, das ihm die Krone noch nicht anvertraut hat. Der neue Minister muß sich doch erst entwickeln, und wir wissen gar nicht, wie die Annahme des vorliegenden Antrags auf diesen Entwickelungsgang einwirken kann. Denken Sie sich — ich weiß nicht, ob es zutrifft — der neue Minister ist ein leidenschaftlicher Jäger, ein Verehrer des edlen Waidwerks; bringen Sie nun noch die Forstwirthschaft in das landwirthschaftliche Ministerium, so hat dasselbe alle Anlagen, sich zu einem Jagdministerium zu entwickeln. (Heiterkeit). Man hat das landwirthschaftliche Ministerium schon scherzhaft ein Jagdministerium genannt, hier aber könnte es bitterer Ernst werden und unser Bauernstand würde schwer darunter leiden. (Unruhe rechts). Gerade im Interesse der kleinen Grundbesitzer mache ich darauf aufmerksam, daß auch von der Person des gegenwärtigen Ministers abgesehen die Interessen der Forstverwaltung von denen der Landwirthschaft ganz verschieden sein können. — Das Mißtrauen gegen das landwirthschaftliche Ministerium rührt nicht von dem kleinen Ressort desselben her, gegen kleine Leute ist man nicht mißtrauisch; sondern es rührt daher, daß das Ministerium von vornherein auf einen einseitigen Standpunkt gestellt ist. Ich halte die Einrichtung eines besonderen landwirthschaftlichen Ministeriums für eine Verirrung des Jahres 48 Der landwirthschaftliche Minister mag noch so fähig sein, sein Ressort noch so groß, so werden Sie in ihm doch immer nur einen Minister zweiter Klasse haben, eben weil er immer nur einen einseitigen Standpunkt zu vertreten hat. An diesem Schicksal des landwirthschaftlichen Ministeriums in Preußen mögen sich diejenigen, die außerhalb dieses Hauses eine sogenannte landwirthschaftliche Interessenvertretung gründen wollen, ein warnendes Exempel nehmen. Der Abg. v. Hoverbeck hat einmal in einer Versammlung ausgeführt, daß, wenn es jemals dahin käme, daß hier eine Partei der landwirthschaftlichen Interessenvertretung säße, so würden diese Herren nur Abgeordnete zweiter Kasse sein (sehr richtig! links), eben weil sie nicht die Interessen der Gesammtheit vertreten. Sobald eine solche einseitige Interessenvertretung entsteht — Sie sehen es ja auch bei der klerikalen Partei — so koaliren sich sofort alle Gegeninteressen gegen sie; die Herren kommen dadurch in eine geborene Minderheit und es entsteht Mißtrauen gegen sie, selbst da, wo es nicht gerechtfertigt ist. Darum, wenn Sie der Landwirthschaft einen wirkeichen Dienst erweisen wollen, lassen Sie die Forsten, wo sie sind und wirken Sie mit uns zusammen dahin, daß das landwirthschaftliche Ministerium mit dem Handels- und Gewerbeministerium zu einem einheitlichen volkswirthschaftlichen Ministerium vereinigt wird. (Beifall links).

Abg. v. Gottberg: Ich schwärme nicht für die Verirrungen des Jahres 48; wenn aber die Bildung des landwirthschaftlichen Ministeriums dazu gehört, so begrüße ich sie, Auf den Vorwurf, die Erwiderungen unserer (rechten) Seite zielen auf die Neuwahlen hin, erwidere ich: gerade die eben gehörte Rede mit ihrer Hinweisung auf den Bauernstand könnte als eine Wahlrede aufgefaßt werden. Mit manchen Aeußerungen des Vorredners bin ich einverstanden, z. B. daß er nichts von der Landwirthschaft versteht (sehr gut! rechts). Ihr Mißtrauen gegen den neuen Minister gründet sich auf seinen politischen Standpunkt, darauf, „daß der Mann echt konservativ" sei; wäre er echt liberal, so wäre die Sache für Sie eine andere. Uns stehen solche Erwägungen fern; auch wenn der Minister liberal wäre, aber ein tüchtiger Landwirth, so würden wir ihn mit Freuden unterstützen. Es ist höchst bedenklich, einen Minister anzugreifen. ehe er sein Amt verwaltet. Naturgemäß gehören die Forsten in das Ressort des landwirthschaftlichen Ministeriums, daher bitten wir Sie, den Antrag anzunehmen. (Beifall rechts.)

Damit schließt die Diskussion. Da die Abstimmung durch Erhebung von den Plätzen zweifelhaft bleibt, so findet eine namentliche Abstimmung statt, bei welcher der Antrag mit 164 gegen 142 Stimmen verworfen wird.

Das Haus tritt hierauf in die Berathung von Petitionen. Die des Ortsvorstehers Felske aus Nieder-Strelitz auf Uebernahme der Kosten für Uferschutzbauten, deren Zahlung die betreffende Gemeinde verweigert, auf Staatsmittel wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen. Desgleichen die der Separations-Interessenten zu Schmalzerode, welche zur Tragung der Kosten einer Vermessungsrevision herangezogen sind.

Eine Petition mehrerer Gemeinden des Reg.-Bez. Trier fordert Abhülfe gegen den durch Schwarzwild hervorgebrachten Schaden.

Referent v. Schorlemer-Alst: Diese Klagen haben sich in letzter Zeit sehr vermehrt. Deshalb hat die Kommission beantragt, die Staatsregierung zum Erlaß eines Abhülfe schaffenden Gesetzes aufzufordern. Jetzt haben die Bauern kein Mittel, sich dagegen zu schützen. Sie können wohl einen Zaun um ihren Acker ziehen, aber das ist zu theuer; oder Schreckbilder aufstellen, die aber vom Schwarzwild, welches seine Verwüstungen bei Nacht anrichtet, nicht gesehen werden und keine Wirkung haben; oder sie können es durch Klappern verscheuchen; aber ein Bauer, auf welchen ein Keiler losgeht, vergißt das Klappern, weil ihm vor Angst die Zähne klappern, und er ergreift das Hasenpanier. Man hat schon gesagt: „Tages ackern, Abends klappern" statt „Tages-Arbeit, Abends Gäste", „Klappern gehört wohl zum Handwerk, aber nicht zum Ackern."

Der Antrag der Kommission wird angenommen.

Es folgt eine Petition aus Westpreußen, welche die Gleichberechtigung der polnischen mit der deutschen Sprache fordert; sie trägt 50,659 Unterschriften, darunter 12,906 in Form von drei Kreuzen.

Referent Lucius bemerkt, daß die Agitation für diese Petition sehr lebhaft betrieben wurde und daß es scheine, als ob viele Unterschriften von derselben Hand herrühren; auch sei ein großer Theil der Personen, welche die elbe unterzeichnet, nicht festzustellen gewesen. Dann handelt es sich hier nicht um alte polnische Landestheile, sondern um Gegenden, welche ihre Kultur den Deutschen verdanken und in welchen die deutsche Sprache die hervorragendste Stelle einnimmt. Es sind schon früher ähnliche Anträge gestellt und von diesem Hause abgelehnt worden. Wenn in der Petition der Regierung vorgeworfen wird, daß sie die polnischen Landestheile germanisirt habe, so zeigt gerade die Menge der Unterschriften, daß vielleicht eher etwas zu wenig als zu viel in dieser Beziehung geschehen sei. Wenn solche Petitionen oft einlaufen, so vernichten sie vollständig die Sympathien, welche für eine unglückliche, aber ritterliche Nation noch vorhanden sind. (Unruhe in der polnischen Fraktion.) Er bittet deshalb den von der Kommission vorgeschlagenen Uebergang zur Tagesordnung anzunehmen.

Abg. v. Lischkowski spricht gegen den Antrag der Kommission. Durch die für die Provinz Preußen erlassenen Sprachverordnungen wird die Gleichberechtigung der polnischen Sprache gegenüber der deutschen verletzt. Es ist an Unterrichtsanstalten in jenen Gegenden manches geschehen, aber es bleibt noch viel zu thun; vor allen Dingen müssen an den höheren Unterrichtsanstalten polnische Parallelklassen eingerichtet, ein polnisches Lehrerseminar begründet und bei den Gerichten mehr polnische Dolmetscher und der polnischen Sprache kundige Beamte angestellt werden. Das jetzige System der Regierung erhält nur den nationalen Haß. Redner stellt dann den Antrag, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Bei der Abstimmung wird der Kommissionsantrag angenommen.

Die Kommission für das Gemeindewesen hat hinsichtlich einer Petition der Vertretung der Stadt Kreuznach, deren Inhalt die Rechtsverbindlichkeit eines Beschlusses des Kreuznacher Kreistages bestreitet, nach welchem zwei Jahre lang eine besondere Kreissteuer zu Gunsten der National-Invaliden-Stiftung von den Kreiseingesessenen erhoben werden soll, beantragt, diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Reg.-Kommissar v. Brauchitsch: Die Regierung haben Beschluß des Kreistages bestätig t, welcher seinem Inhalte nach in den Grenzen der den Kreisen zustehenden Selbstverwaltung gefaßt und dessen gemeinnützige Tendenz nicht zu verkennen sei. Er bittet, über die betreffende Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Windthorst (Meppen und v. d. Goltz (Dramburg) bestreiten die Berechtigung der Kreisvertretung zur Fassung derartiger Beschlüsse, ohne die wohlmeinende Absicht derselben verkennen zu wollen, während Abg. v. Kardorff für die Ansicht des Regierungskommissars besonders den Umstand geltend macht, daß der Protest der Kreuznacher Stadtvertretung erst nach der Bestätigung des betreffenden Beschlusses seitens der Regierung abgelassen worden sei. Aus gleichen Gründen befürwortete auch Abg. v. Hülsen die einfache Tagesordnung Wohin solle es führen, wenn Kreiseingesessene, nachdem die Bestätigung des Kreistagsbeschlusses erfolgt sei, gegen dieselben protestiren und sie nicht für rechtsverbindlich halten wollten?

Regier.-Kommissar v. Brauchitsch bemerkt außerdem, daß von sämmtlichen Ortschaften des Kreises die Auflage gezahlt worden sei. Die Annahme des Kommissionsantrages und die für die Regierung daraus folgende Verpflichtung würde daher große Weitläufigkeiten nach sich ziehen.

Abg. v. Rauchhaupt: Die Befugniß des Kreises für die in ihm eingesessenen Invaliden zu sorgen, ist unzweifelhaft; fehlerhaft war es nur formell, daß dieser Beschluß sich auch auf die Invaliden anderer Kreise bezog. Dies thut indessen dem materiellen Inhalte des Beschlusses keinen Abbruch; im Gegentheil sicherte der Kreis sich dadurch auch die Unterstützung weiterer außerhalb seiner Grenzen belegener Gemeinden. — Die Petition wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Gegen 3½ Uhr beschließt das Haus die Vertagung; vor Schluß der Sitzung erhält das Wort der

Abg. Lasker: Als ich bei Gelegenheit der Eisenbahnanleihe die das Konzessionswesen betreffenden Thatsachen besprach, behielt ich mir vor bei der weiteren Berathung der Vorlage hierauf zurückzukommen. Inzwischen ist ein Brief des Prinzen Biron von Curland an den Präsidenten eingegangen und von demselben mir mit dem Anheimstellen übergeben worden, was mir geeignet scheine, zu veranlassen. Ich glaube nun wegen der dabei den Briefschreiber persönlich berührenden Rücksichten, die Erwähnung nicht aufschieben zu dürfen, sondern halte mich für schuldig, die wesentlichste Stelle des Briefes hier wörtlich vorzulesen: „Ich bin in der Lage nachweisen zu können, daß ich für die Breslau-Warschauer Bahn über 70,000 Thlr. Auslagen gehabt und bis heute noch keine Erstattung dafür erhalten habe. Ein Gleiches gilt in Betreff der Berliner Nordbahn, wo ich noch hinzufügen kann, daß meine indirekten Auslagen für diese Bahn noch nicht beendigt sind. Ich erlaube mir Ew. Wohlgeboren hiervon Mittheilung zu machen, damit Sie auf irgend eine Weise meine Behauptung zur Kenntniß des Hauses bringen, daß ich niemals irgend eine Eisenbahnkonzession verkauft noch mit einer solchen Handel getrieben habe." Indem ich diese Stelle zur Kenntniß des Hauses bringe, glaube ich im Sinne des Briefstellers zu handeln, dessen Ausführungen zu bezweifeln ich keine Veranlassung habe. Ueber die übrigen Punkte und über die sachliche Beleuchtung des hier Angeregten behalte ich mir Weiteres für die Sitzung vor, auf deren Tagesordnung das Anleihegesetz wiederum stehen wird.

Der Präsident setzt die nächste Sitzung auf Freitag 11 Uhr an und bringt eine große Anzahl kleiner Vorlagen für dieselbe in Vorschlag.

Abg. Heise beantragt auch die erste und zweite Berathung des Expropriationsgesetzes auf die Tagesordnung zu setzen, was indessen das Haus mit großer Majorität unter Genehmigung des Vorschlages des Präsidenten ablehnt.

Parlamentarische Nachrichten.

* Die neukonservative Fraktion hatte am Sonnabend ihren seitherigen Vorstand — v. Rauhaupt, Lampugnani, v. Waldaw-Reitzenstein und v. Bismarck-Naugard — wiedergewählt. Zu Schriftführern wurden v. Liebermann und Hahn, zum Quästor Richter Hirschberg bestimmt. Die Fraktion besteht jetzt aus folgenden 44 Mitgliedern: v. Bismarck-Flatow, v. Bismarck-Naugard, v. Brandt, v. Brauchitsch, v. Bredow, Clauswitz, v. Donat, Drewello, Dumrath, Eding, Engelken, v. d. Goltz-Dramburg, Hahn, Prinz Handjery, Heise, Freiherr v. Houwald, Hunaeus, Kleist, v. Bornstädt, Koch, von Köller, Költz, Koerbin, Lampugnani, v. Liebermann, Graf Limburg-Stirum, Graf Lehndorff, v. d. Marwitz, Maurer, Mayer (Marburg) Muntau, Nöldechen, Persius, v. Portatius, v. Rauchhaupt, Graf Reventlow, Richter (Hirschberg), Rodewald, Scharnweber, Scholz (Schweidnitz), Strutz, v. Tyszka, v. Waldaw-Reitzenstein, v. Zastrow, v. Zieten.

* Eine Petition, welche 26,334 Unterschriften trägt, verfolgt den Zweck, daß in Westpreußen, ähnlich wie in Posen, ein Sprach-Regulativ erlassen werde, durch welches die polnische Sprache in größerem Umfang, als bisher, zum Lehrmittel und Lehrgegenstand gemacht werde, daß an den höheren Unterrichts-Anstalten polnische Parallelklassen eingerichtet werden, daß ein polnisches Lehr-Seminar gegründet werde, daß bei den Gerichten mehr polnische Dolmetscher und des Polnischen kundige Kreisrichter und ebenso bei den höheren Verwaltungsposten sprachkundige Beamte angestellt werden möchten. Die Unterrichts-Kommission beantragt: 1) über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen; 2) in Erwägung, daß den amtlichen statistischen Ermittelungen gemäß eine große Anzahl von Kindern in den Theilen der Monarchie, welche eine polnisch-deutsch gemischte Bevölkerung haben, ohne alle Schulbildung aufwächst — die königl. Staatsregierung aufzufordern, Fürsorge zu treffen, um diesem Mißstande Abhilfe zu verschaffen. Nach Abfassung des Berichts sind noch 24,325 Unterschriften zur vorstehenden Petition eingegangen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 23. Januar.

— Die Verfügung des Provinzial-Schulkollegiums vom 4. Januar d. J., betr. die Unterrichtssprache an den beiden katholischen Gymnasien zu Posen und Ostrowo, hat folgenden Wortlaut:

Mittelst Verfügung vom 31. März 1856 haben wir mit Genehmigung des Herrn Ministers angeordnet, daß in den oberen Klassen jener beiden Gymnasien in bestimmten Unterrichtsgegenständen die polnische Sprache als Unterrichtssprache in 10—12 Stunden wöchentlich in Anwendung komme. Da indeß auf Grund der Verfügung vom 2. Dezember 1872 der Religionsunterricht in den oberen Klassen von Ostern d. J. ab in deutscher Sprache zu ertheilen, und der polnische Unterricht nach der Ministerialverfügung vom 6. Dezember 1872 in den genannten Klassen nur fakultativ ist, so ordnen wir unter Aufhebung unserer Verfügung vom 31. März 1856 hiermit an, daß in den oberen Klassen des Mariengymnasiums zu Posen und des Gymnasiums zu Ostrowo sämmtliche Unterrichtsgegenstände von Ostern d. J. ab nur mittelst deutscher Unterrichtssprache ertheilt werden. Da ferner in Quarta der Unterricht im Lateinischen und Griechischen mittelst deutscher Unterrichtssprache ertheilt wird, so bestimmen wir, daß von Ostern d. J. ab der deutsche Unterricht in 3 Stunden, der griechische dagegen in 5 Stunden ertheilt werde pp.

— Die „Germania" schreibt: Der sonst gut unterrichtete krakauer „Czas" erzählt, Fürst B. Radziwill habe „am Tage vor dem Tode" Sr. Maj. dem Kaiser eine „Denkschrift über die Lage der katholischen Kirche in Preußen" überreicht. In Kreisen, welche dem Verstorbenen nahe stehen, weiß man nichts davon. Fürst Boguslav war am Tage vor seinem Tode allerdings bei Sr. Majestät zur Neujahrscour — dabei ist von ihm aber keine „Denkschrift" überreicht worden. Man weiß auch garnicht, was das überhaupt für eine „Denkschrift" gewesen sein könnte.

— **Prüfungen.** Die neulich an dieser Stell gebrachte Mittheilung über die vom Kgl. Prov. Schul-Kollegium erfolgte Festsetzung des nächsten Prüfungs-Termins für Rektoren und Lehrer an Mittelschulen und an höheren Töchterschulen bedarf einer kleinen Ergänzung. Wie in den am 15. Oktober v. J. vom Unterrichts-Minister erlassenen „Allgemeinen Bestimmungen", betreffend das Volksschul-, Präparanden- und Seminarwesen", die bekanntlich an die Stelle der Stiehlschen Regulative getreten sind, zwischen der mehrklassigen Elementarschule und der Mittelschule ein erheblicher Unterschied gemacht worden ist, so sind auch die Forderungen, welche an die Lehrer an Mittelschulen und an höheren Töchterschulen gestellt worden, beträchtlich höher, als die, welchen die an Elementarschulen anzustellenden Lehrer zu genügen haben. Während letztere zwei Prüfungen (das Abiturienten-Examen an einem Schullehrer-Seminar und innerhalb fünf Jahren nach diesem eine weite Prüfung ablegen, unterwerfen sich die an den Oberklassen der Mittelschulen und der höheren Töchterschulen anzustellenden Lehrer noch einer dritten Prüfung. Es werden zu dieser Prüfung überhaupt zugelassen: Geistliche, Kandidaten der Theologie oder der Philologie und solche Volksschullehrer, welche ihre zweite Prüfung bestanden haben. Jeder Kandidat hat (nach seiner Wahl) entweder in Religion und Deutsch oder in Religion und Geschichte, ein jüdischer Kandidat in Deutsch und Geschichte) oder in den mathemathisch-naturwissenschaftlichen Gegenständen oder in zwei fremden Sprachen (Lateinisch und Französisch oder Englisch) die Fakultas zu erlangen. Die Berechtigung zur Anstellung als Seminar-Direktor, als Seminarlehrer, als Vorsteher von öffentlichen Präparandenanstalten, als Rektor von Mittelschulen oder höheren Töchterschulen wird durch Ablegung der Rektoratsprüfung erworben. Zu derselben werden zugelassen: Geistliche, Lehrer, Kandidaten der Theologie oder der Philologie, welche das Examen als Lehrer an Mittelschulen oder dasjenige für das höhere Lehramt bestanden haben und wenigstens drei Jahre im öffentlichen Schuldienst thätig gewesen sind. Das Schul-Kollegium jeder Provinz setzt jährlich zwei Termine für diese Prüfungen an. Die Prüfungs-Kommission besteht aus dem Kommissarius des Prov. Schul-Kollegiums als Vorsitzendem, aus zwei von Ober-Präsidenten ernannten Regierungsschulräthen, einem Seminardirektor, einem Seminar- und einem Gymnasial- oder Realschullehrer, welche ebenfalls von dem Ober-Präsidenten ernannt werden Die bereits definitiv angestellten Lehrer behalten ihre bisherige Berechtigung in vollem Umfange, sie können daher auch innerhalb der Grenzen derselben ascendiren oder ein anderes gleichartiges Amt übernehmen, ohne daß von ihnen die Ablegung einer neuen Prüfung zu fordern ist.

— **Die Eisenbahnzüge,** welche hier Montag früh und Vormittags eintrafen, verspäteten sich in Folge des Sturms fast durchweg um eine halbe Stunde.

— **Personalveränderungen in der Armee.** Gr. v. d. Goltz, Gen. Lt. und Gen. Adj. Sr. Maj. des Kaisers und Königs, zum Chef des Reitenden Feldjägercorps ernannt. v. Schulz, Gen. Lt. und Inspekteur der 2 Ingenieur-Inspektion, unter Belassung in diesem Dienstverhältniß, die Führung der Geschäfte des z. Zeit manquirenden Chefs des Ingen.-Corps und der Pioniere und Gen.-Inspekt. der Festungen übertragen. Herwarth v. Bittenfeld, Major zur Disp. und Bezirks-Kommdr. des 1. Bats. (Kassel) 1. Hess. Landw.-Regts. Nr. 81, in gleicher Eigenschaft zum 1. Bat. (Aachen) 1. Rhein. Land. Rgts. Nr. 25 versetzt. Funck, Oberst z. Disp. und Bez. Kommdr. des Res. Landw. Bats. Köln Nr. 40, in gleicher Eigenschaft zum 1. Bat. Kassel) 1. Hess. Landw. Regts. Nr. 81 zurückversetzt. v. Mansard, Oberst-Lt. zur Disp. und Bez. Kommdr. des 1. Bats. (Bochum) 7. Westphäl. Landw. Regts. Nr. 56, in gleicher Eigenschaft zum Res.-Landw. Bat. Köln Nr. 40 versetzt. v. Döring, Oberst-Lt. zur Disp., zuletzt zweiter Kommandeur des bisher. 2. Bats. (Breslau) 1. Garde-Gren. Landw. Regts., zum Bez. Kommdr. des 1. Bats. (Bochum) 7. Westph. Landw. Regts. Nr. 56 ernannt. Mercker, Zürner, Unteroff. vom 3. Pos. Inf. Regt. Nr. 58, zu Port. Fähnr. Unverricht, Port. Fähnr. vom 4. Pos. Inf. Regt. Nr. 59, zum Sec. Lt. mit Patent vom 12. Dezbr. 1872. Opitz, Unteroffizier vom 2. Pos. Inf Regt. Nr. 19, zu Port.-Fähnrs. — befördert. Pestrich, Mewes, Pr. Lts. von der Inf. und interim. Komp. Führer des Res. Landw Bats. Glogau Nr. 37, zu Haupleuten u. Komp. Führern, Jouanne, v. Taczanowski, Sec. Lts. von der Kav. des 1. Bats. (Neustadt) 2. Pos. Landw. Regts. Nr. 19, zu Pr. Lts. — befördert. Clouth, Pr. Lt. von der Inf. des 2. Bat. (Samter) 1. Pos. Landw. Regts. Nr. 18, zum interim. Komp. Führer ernannt. v. Beneckendorff v. Hindenburg, Major v. 4. Garde-Gren. Regt. Königin, als Bats. Kommdr. in das 4. Pos. Inf. Regt. Nr. 59 versetzt. v. Kunowski, Hauptm. vom 4. Garde-Regt. z. F., unter Belassung in seinem gegenwärt. Dienstverhältniß, zum überzähl. Major befördert. Frhr. v. Esebeck, Haumptm. und Komp. Chef von demf. Regt., unter Beförderung zum Major, in das 4. Garde-Gren. Regt. Königin versetzt. Gr. zu Ranzau, Maj. aggr. dem 1. Garde-Regt. zu Fuß und kommdrt. zur Dienstleistung bei der Unteroff.-Schule zu Potsdam, ein Patent seiner Charge verliehen. John v. Freyend, Major vom 3. Rhein. Inf. Regt. Nr. 29, in das 2 Garde-Regt. z. F., v. Aschoff, Hauptm. und Komp. Chef im Schles. Füs. Regt. Nr. 38, unter Beförderung zum Major, in das 3. Rhein. Inf. Regt. Nr. 29 — versetzt. v. Griesheim, Hauptm. und Komp. Chef vom 2. Pos. Inf. Regt. Nr. 19, unter Beförderung zum überzähligen Major, dem Regt. aggregirt. v. Strantz, Hauptm. und Komp. Chef v. 1. Schles. Jäger-Bat. Nr. 5, unter Beförderung zum Major, in das 4. Bad. Inf. Regt. Prinz Wilhelm Nr. 112 versetzt. Reuter, Pr. Lt. von dems. Bat., zum Hauptm. und Komp. Chef befördert. v. Waldaw, Pr. Lt. von dems. Bat., in die vakant gewordene Pr. Lts. Stelle eingerückt. Harbus, Major vom Magdeb. Füs. Regt. Nr. 36, als Kommdr. des Füs. Bats. in das 2. Magdeb. Inf. Regt. Nr. 27 versetzt. Loose, Hptm. und Komp. Chef vom Magdeb. Füs. Regt. Nr. 36, zum Major befördert. Borggreve, Major a. D., zul. Hauptm. und Komp. Chef im 1. Westphäl. Inf. Regt. Nr. 13, unter Stellung zur Disp. mit seiner Pension, zum Bez. Kommdr. des 2. Bats. (Warendorf) 1. Westphäl. Landw.-Regts. Nr. 13 ernannt. Morgenstern, char. Port. Fähnr. vom Kurmärk. Drag. Regt. Nr. 14, zu Port. Fähnrs. — befördert. v. Leutsch, Oberst zur Disp. u. Bez.-Kommdr. des 1. Bats. (Aachen) 1. Rheinischen Landw. Regts. Nr. 25, von dieser Stellung entbunden. v. Wallhoffen, Major vom 2. Garde-Regt. zu Fuß, mit Pension und der Regts. Uniform. der Abschied bewilligt. Gellert, Major vom 4. Posen. Inf. Regt. Nr. 59, in Genehmigung seines Abschiedsgesuches unter Stellung zur Disp. mit Pension, zum Bezirks-Kommdr. des 1. Bats. (Neutomysl) 3. Posenschen Landw. Regts. Nr. 58 ernannt. Mittelstädt, Sec. Lt. vom 1. Schles. Drag. Regt. Nr. 4, ausgeschieden und zu den beurlaubten Off. der Kav. des 2. Bats. (Samter) 1. Posenschen Landw. Regts. Nr. 18 übergetreten. Reusch, Pr. Lt. von der Inf. des 1. Bats. (Posen). 1. Posenschen Landw. Regts. Nr. 18, mit der Landw. Armee-Uniform der Abschied bewilligt. Schramm, Major vom 2. Magdeb. Inf. Reg. Nr. 27, mit Pens. und der Regts. Uniform, v. Ende, Oberst a. D., zuletzt Kommdr. des 5. Brandenb. Inf. Regts. Nr. 48, in die Kategorie der zur Disp. gestellten Offiziere versetzt. Frhr. v. Richthofen, Sec. Lt. von der Inf. des 1. Bats. (Breslau) 3. Niederschl. Landw. Regts. Nr. 50, der Abschied ertheilt.

— **Personalnachrichten.** Definitiv angestellt: Emil Mix als 2. Lehrer bei der Schule zu Schwarzwald, Kr. Adelnau, Joseph Schulz als 1. Lehrer ebendaselbst, Th. R. Hache als Lehrer an der h. Knabenschule zu Schwerin a/W., Kr. Birnbaum, Buchwald aus Kröben als Lehrer an der kath. Schule zu Sikorzyn, Kr. Kröben

Geßner zu Lopuchowo, Kr. Obornik als Lehrer an der dortigen k. Schule. — Der Lehrerin Frl. Friederike Carrus ist die widerrufliche Erlaubniß zur Errichtung und Leitung einer Töchterschule für jüdische Mädchen hierselbst und dem Fräulein Marie Massäus zu Placzki, Kr. Schroda, ist die Koncession als Erzieherin für den Regierungsbezirk Posen ertheilt worden. Vakante Stellen: Die 2. Lehrerstelle an der jüd. Schule zu Lissa, Kr. Fraustadt, die Lehrerstelle an der evang. Schule zu Turze, Kr. Schildberg, die 10. Lehrerstelle an der ev. Stadtschule zu Lissa, Kr. Fraustadt. — Die neugegründete 2. Lehrerstelle an der kath. Schule zu Rackwitz, Kr. Bomst, die 2. Lehrerstelle an der kath. Schule zu Kröben, Kr. Kröben.

— **Zu der Kopernikusfeier** in Thorn ist von polnischer Seite auch der Bischof Jeschke zu Pelplin eingeladen worden; derselbe hat versprochen, daß er bei dem feierlichen Gottesdienste, welcher in der katholischen St. Johanniskirche zu Thorn am 19. Februar stattfinden soll, zelebriren werde. Der ultramontane „Kuryer Pozn." meint, daß schon wegen dieses feierlichen Gottesdienstes und wegen der Betheiligung des Bischofs der Diözese Kulm die polnische Kopernikusfeier sehr Viel vor der deutschen Feier voraushabe. Die Domkapitel zu Pelplin und Frauenburg sind gleichfalls um Absendung einer Deputation zu der polnischen Kopernikusfeier ersucht worden, haben sich jedoch bis jetzt noch nicht erklärt; das frauenburger Domkapitel ist gleichzeitig auch vom deutschen Festkomite eingeladen worden. Uebrigens hat sich der Direktor der berliner Sternwarte Förster bemüht, eine Einigung zwischen dem deutschen und polnischen Komite herbeizuführen. Man fragte in Folge dessen seitens des deutschen Komites zunächst vertraulich beim polnischen Komite an; doch fiel die Antwort derartig aus, daß man seitens des deutschen Komites davon Abstand nahm, einen förmlichen Antrag an das polnische Komite zu richten. Es beweist diese Thatsache, welche von den polnischen Zeitungen selbst mitgetheilt wird, aufs Neue, daß die Polen sich durchaus von der allgemeinen Kopernikusfeier ausschließen wollen. — In Krakau haben die städtischen Behörden beschlossen, nicht bloß zwei Deputirte nach Thorn zu entsenden, sondern auch eine besondere Kopernikusfeier zu veranstalten, da Kopernikus dort vornehmlich seine wissenschaftliche Bildung erhalten habe. Muthmaßlich werden auch die Universitäten zu Padua, Bologna, Rom, Warschau rc. sich bei der Kopernikusfeier in Thorn vertreten lassen. Der krakauer Maler Matejko schickt dorthin ein Bild des großen Astronomen, und der Bildhauer Brodzki zu Rom eine Büste desselben.

— **Ueber die polnische Volksversammlung**, welche hier am Dienstage stattfand, bringen die polnischen Zeitungen eingehende Berichte, denen wir Folgendes entnehmen: Zum Vorsitzenden wurden von der Versammlung Dr. Szymanski gewählt. Zuerst sprach Herr Krajewicz, Redakteur des „Wiarus" und beantragte, eine Petition an die polnische Fraktion des Abgeordnetenhauses zu richten, in welcher diese gebeten werden sollten, mit allen Mitteln, welche sie für geeignet hielten, sich um Aufhebung der Ministerial-Verfügung vom 6. Dezember 1872 (betr. die Ertheilung des katholischen Religionsunterrichts an den höheren Lehranstalten in deutscher Sprache) zu bemühen. Als schon bei dieser Rede die Versammlungen ihren Unwillen über diese Verfügung zu erkennen gab, forderte der Vorsitzende dieselbe zur Mäßigung auf. Alsdann begann Hr. Böttchermeister Sokolowski mit vieler Wärme zu sprechen, machte den Deutschen Vorwürfe, daß sie die polnische Nationalität ohne Ursache angreifen, und daß die polnischen Petitionen, welche die Gleichberechtigung fordern, in den Papierkorb geworfen wurden. „Wenn die Petitionen Nichts helfen, dann solle die ganze polnische Bevölkerung Posens, 26,000 Personen, nach Berlin als Deputation aufbrechen, und dort ihr Recht verlangen." So berichtet der „Orędownik", dessen Redakteur der Versammlung präsidirte. Der „Kuryer Poznanski" giebt die Stelle noch stärker wieder. Dagegen versicherte uns Hr. Sokolowski, er habe gesagt, man möge ein paar hundert Tausend Unterschriften sammeln, und die Petition einer Deputation übergeben, welche nicht in den Papierkorb geworfen werden könne. Als nun die Versammlung immer lauter und aufgeregter wurde, so berichten die polnischen Blätter, habe der anwesende Polizei-Kommissarius erklärt, er müsse die Versammlung wegen häufiger Ausdrücke, welche die Gemüther aufregen, schließen. Der Vorsitzende kam sehr bereitwillig diesem Verlangen nach. Wie man übrigens hört, ist die Versammlung auf Grund der §§ 103 und 114 des Straf-Gesetz-Buches aufgelöst worden.

— **Die drei neuen Spritzen**, welche die Stadt für den Gesammtbetrag von 1757 Thlr. aus der Maschinenbauanstalt von Klose & Co. in Görlitz bezogen hat, wurden am Dienstage einer sehr eingehenden Prüfung unterzogen. Dieselbe erfolgte Vormittags zunächst auf die einzelnen Konstruktionstheile durch die zugezogenen Sachverständigen. Kupferschmiedemeister Lischke (gegenwärtig Branddirektor des Rettungsvereins) und Schmiedemeister Spiller. Alle 3 Spritzen sind Saug- und Druckspritzen, auf Druckfedern ruhend, konstruirt nach dem Muster der Berliner Feuerwehrspritze: das Spritzenwerk ruht zwischen den Rädern in eisernem Kasten, jede Spritze hat eine Bremse und ein Gestell zur Auflegung von Leitern. Nachdem die Sachverständigen die einzelnen Konstruktionstheile (es waren im Ganzen 27 Punkte zu berücksichtigen) für gut befunden, erfolgte von 1½ bis 2 Uhr Nachmittags die Fahrprobe, wobei die drei Spritzen, auf deren Jeder 4 Mann saßen, in starkem Trabe durch einige der am schlechtesten gepflasterten Straßen der Stadt fuhren: Gr. Gerber-, Kl. Gerber-, Magazin-, Wilhelms-, Friedrichs-, Gr. Ritter-, St. Martin-, Berg-, Schützen-, Langestraße bis zur Bernhardinerplatze. Nach dieser sausenden Fahrt wurden die Spritzen nochmals geprüft und besonders die Druckfedern, Schrauben, Räder rc. besichtigt. Alles war unversehrt, nur bei der einen Spritze hatte sich das Gestell der Schlauchwinde bei einer Belastung mit 200 Fuß Schlauch als zu schwach herausgestellt und sich umgebogen. — Um 2 Uhr Nachmittags erfolgten also in Anwesenheit des Herrn Reg.-Rath Gäde (als Verteter der Provinzial-Feuer-Sozietät), Oberbürgermeister Kohleis, Bürgermeister Herse, Polizei-Direktor Staudy, Branddirektor Krzyżanowski rc. sowie eines zahlreichen Publikums unter Leitung des Hrn. Stadtbauraths Stenzel die weiteren Luftdruck- und Wasserproben. Bei der Luftprobe wurden die Spritzen hinsichtlich des Schlagens der Ventile, Verhaltens der Windkessel rc geprüft und arbeiteten 12 Mann dabei so lange, als dies ohne erhebliche Schwierigkeiten möglich war. Das Manometer, welches dabei an den Spritzen angebracht war, führte den Nachweis, daß dieselben einen Druck von acht Atmosphären auszuhalten im Stande sind. Bei der Wasserprobe waren zwei ausgemessene Wasserbehälter, welche aus der städtischen Wasserleitung gefüllt wurden, für das Spritzen-Saugwerk aufgestellt; aus ihnen hatte jede Spritze das Wasser auf 8 Meter Entfernung zu saugen. Außerdem war an einem der Bernhardinerthürme behufs der Höhenmessung bis zu 21 Meter eine Leine mit beschriebenen Tafeln von 2 zu 2 Metern angebracht, und zur Weitenmessung eine eben solche Leine ausgelegt. Die Pumpmannschaft bestand aus 24 Mann, um mit Ablösung von je 12 Mann an der Spritze arbeiten zu können. Die Wasserproben ergaben, daß jede der Spritzen bei einer solchen Bemannung (ohne Ablösung) mittelst 80 Kolbenhuben in der Minute 300 Liter Wasser, welches auf 8 Meter herangesogen werden mußte, durch ein Mundstück von 13 Millimetern Durchmesser nach Ansatz eines Schlauchendes von 2 Metern Länge 21—22 Meter (67—70 Fuß) hoch unter möglichster Vermeidung von Stößen auf die Saugschläuche schleuderte. Ein ähnliches günstiges Resultat ergaben die Proben bei der Weitenmessung des ausgeworfenen Strahls. — Zu bemerken ist, daß nach Verkauf von zwei alten Spritzen nunmehr gegenwärtig die Stadt sich im Besitz von 9 Spritzen neuerer Konstruktion befindet, von denen 5 Vorzügliches leisten.

— **Im Volksgartentheater** sind während des gegenwärtigen Winters bereits eine große Anzahl von 3—5aktigen Stücken aufgeführt worden. Wir erwähnen unter diesen nur die „Grille", die „Anti-Xantippe", die „Tochter Belial's", die „Dorfrepublik", „Hunderttausend Thaler", den „Lumpacivagabundus", die „beiden Harfenmädchen", „Am Altare", „Kapital und Arbeit", den „Dampfkönig" rc. Die Direktion hat keine Kosten gescheut, um diese Stücke in angemessener Weise über die Bühne gehen zu lassen: es sind recht tüchtige Kräfte für diesen Winter engagirt worden, und ebenso ließ die Ausstattung und Inszenirung jener Stücke Nichts zu wünschen übrig. Auch wurden, um den Wünschen des nichtrauchenden Publikums entgegen zu kommen, wöchentlich zwei rauchfreie Vorstellungen (am Mittwoch und Freitag) eingerichtet, die nebst den Sonntags-Vorstellungen sich stets eines außerordentlich zahlreichen Besuches erfreuen. Gestern kam ein größeres Melodrama zum ersten Male zur Aufführung: „Das Irrenhaus zu Dijon".

— **Gräberschändung.** Bereits neulich theilten wir mit, daß auf dem St. Martinskirchhofe zwei gußeiserne Kreuze umgerissen und gestohlen worden sind. Eine ähnliche bübische Schandthat ist leider auch an dem Marmorkreuze verübt worden, welches sich auf dem Kirchhofe der französischen Gefangenen im Glazis vor dem Wildafort befindet. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntage ist es umgebrochen worden.

— **Diebstähle.** In der Nacht vom Sonntag zum Montage wurde aus dem Arbeitsschuppen eines Zimmermeisters auf dem Graben mittelst Einbruchs eine große Anzahl von Handwerkszeug gestohlen. Der Dieb ist in der Person eines Arbeitsmanns ermittelt worden, welcher das gestohlene Gut zu sehr billigen Preisen an einen Handelsmann verkauft hat; letzterer ist wegen Hehlerei gleichfalls in Anklagestand versetzt worden. — Verhaftet wurden zwei Arbeiter von außerhalb, welche am Montage von einem auf der Wallstraße unbeaufsichtigt stehenden Fuhrwerk einen Pelz gestohlen. Ebenso ein Frauenzimmer, welches von einem Privatwächter auf der Straße angehalten, im Besitze einer Menge Zinkblech von Rinnen, Kellerhälsen getroffen wurde; sie will dasselbe auf dem Wege zum Schilling gefunden haben. — Gestohlen wurde im zweiten Stockwerk eines Hauses auf der Schützenstr. aus der Wohnung eines Kaufmanns in der Nacht vom Sonntag zum Montage, muthmaßlich mittelst Nachschlüssels, ein goldener Ring mit Diamant im Werthe von 80 Thlr., ein goldenes Armband im Werthe von 10 Thlr. und eine Kiste mit 100 recht guten Zigarren. Der Dieb, der die Lokalitäten sowie die Verhältnisse des Kaufmanns genau gekannt zu haben scheint, hatte alle Behältnisse durchwühlt, jedoch einen Pelz, Seidenzeug zu einem Kleide und andere Werthsachen liegen lassen. Als der Kaufmann mit seiner Gattin zwei Uhr Nachts nach Hause kam, war die Thür zu seiner Wohnung aufgeschlossen und nur zugeklingt. — Verhaftet wurde auf Antrag seines Vormundes ein 19jähriger Bursche, welcher sich seit längerer Zeit umhertrieb, und von Jenem in frechster Weise Geld zu erpressen suchte.

— **Die Landwege** in unserer Provinz lassen bekanntlich sehr viel zu wünschen übrig, zwar befinden sich die Chausseen meistens in gutem Zustande, doch sind die Landstraßen oft gar nicht zu passiren. Ein Beispiel davon wird uns in der größten Nähe der Provinzialhauptstadt geboten. Wenn man vom Königsthore, rechts an „Fischerslust" vorbei nach Jerzyce, diesem volkreichsten Dorfe unserer Provinz, welches schon gegenwärtig eine Vorstadt von Posen bildet, gehen will, so erstaunt man, daß derartige Straßen, die mehr einem Sumpfe gleichen, geduldet werden. Wie man hört, mußte schon im vergangenen Jahre dieser bodenlose Weg auf Anordnung des k. Landrathsamtes reparirt werden; aber es ist dies in so ungenügender Weise geschehen, daß gegenwärtig, nachdem der Weg noch durch zahlreiche Fuhren, welche Baumaterial zu einem Durchlaß für die verlegte Stargard-Posener Bahn angefahren haben, total ruinirt worden ist, derselbe weder für Fuhrwerke noch für Fußgänger mehr passirbar ist. Wenn man in Betracht zieht, daß viele Kinder aus Jerzyce Schulen in unserer Stadt besuchen, daß die Leute aus diesem Dorfe Sonntags in großer Menge nach der St. Adalbertskirche gehen, und dort viele in Posen beschäftigte Arbeiter wohnen, so muß man dringend wünschen, daß jener Weg einmal gründlich reparirt werde.

« **Birnbaum**, 21. Januar. [Besitzveränderung. Pensionirung.] Das Rittergut Schweinert, welches im Jahre 1862 von dem königl. Oberamtmann Dietz für 125,000 Thlr. käuflich erworben wurde, ist mittelst Vertrages für den Kaufpreis von 182,000 Thlr. in den Besitz des Fürsten Anton von Hohenzollern übergegangen. — Die Behörden sind auf das Pensionirungsgesuch des 1. jüdischen Lehrers M. Löwenstein eingegangen und bieten dem 70jähr. Greise, der 40 Jahre öffentlich angestellter Lehrer und erwerbsunfähig ist, eine Pension von 100 Thlr., als ⅓ seines Gehaltes. Wo bleibt hier die in der Verfassung enthaltene Verheißung: „die Lehrer haben die Rechte der Staatsdiener?" und wo ist überhaupt bestimmt, daß ein Lehrer nur mit ⅓ seines Amtseinkommens pensionirt werden soll? Usus heißt doch nicht etwa Gesetz! Wie soll ein alter, erwerbsunfähiger Lehrer bei den hohen Preisen der Wohnungen und Nahrungsmittel mit 100 Thlr. Pension bestehen, wenn er nicht etwa Kinder oder Verwandte hat, die ihn unterstützen! Zuletzt fällt er der Kommune als Ortsarmer zur Last. — Wann wird endlich das verheißene Dotations- und Pensionirungsgesetz für Lehrer erscheinen?

—A— **Kosten**, 20. Jan. [Bäuerliche Versammlung.] Ein Komite, bestehend aus 7 deutschen und 7 Polen, ließ durch gedruckte Formulare die bäuerlichen Grundbesitzer unseres Kreises zur Beschlußfassung über eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu Berlin einladen. Die am 16. Januar c., Vormittags 10 Uhr, hierselbst abgehaltene von ca. 500*) bäuerlichen Besitzern besuchte Versammlung beschloß eine Petition, welche Folgendes behandelt: 1) Einführung der Kreisordnung im Kreise Kosten. 2) Ausdehnung der Provinzial-Landschaft auf kleine Landbesitzungen. 3) Erweiterung resp. Vermehrung der Klassenstufen in der Klassensteuer. 4) Abänderung des Wegebaugesetzes und gleichmäßige Vertheilung der Wegebaulasten und 5) Abänderung des Schulunterhaltungs-Gesetzes der Volksschulen. Die Versammlung, in welcher die Polen mit den Deutschen Hand in Hand gingen, verlief in der ruhigsten Weise. Die Eröffnungsrede hielt der Schänker und Bauerngutsbesitzer A. Koszewski aus dem angrenzenden Dorfe Kielczewo; er hob in derselben unter Anderem hervor, daß die Bauern sich unter der Regierung unseres allverehrten Kaisers und Königs glücklich fühlen könnten und schloß mit einem dreimaligen Hoch auf den Monarchen.

r. **Rogasen**, 21. Januar. [Zum Besten der an der Ostsee Verunglückten] hatten am Sonntage die Schülerinnen der ersten Klasse der ev. Elementarschule eine Verloosung unter der Leitung ihrer Lehrerin Frl. Jahnz veranstaltet, deren Ertrag ziemlich reichlich ausfiel. Es sind über 40 Thlr. zusammengekommen. Nicht weniger ergiebig, und jedenfalls richtiger wäre es gewesen, wenn die Mädchen selbst Arbeiten zur Verloosung geliefert hätten, statt sich die Gewinne vom Publikum schenken zu lassen, eine Operation, die den Geber zu doppelter Ausgabe zwingt und den Löwenantheil dem Kaufmanne verschafft.

* **Aus dem Schrimmer Kreise,** 19. Jan. [Verschiedenes.] Wie Ihnen bereits mitgetheilt worden, sind bei der letzten Stadtverordnetenwahl in Schrimm 2 Polen und 1 Deutscher als Ersatz für 2 Deutschen und 1 Polen gewählt. Weniger bekannt dürfte sein, daß die deutschen Wähler entschieden in der Majorität waren. Nur der Umstand, daß bei den Parteien der Korporationsgemeinde der persönliche Haß im höchsten Grade obwaltet, hatte zur Folge, daß zahlreiche Wähler lieber einem Polen ihre Stimmen gaben, als einem, wenn auch nur sachlichen Gegner ihre Partei. — Die Verhältnisse der Korporation und der Kultusgemeinde in Schrimm treiben immermehr zur Spitze. Indessen dürften die neuen Kirchengesetze auch hier Bedeutung erlangen, da die meisten Mitglieder der Kultusgemeinde ernstlich gewillt sind von dem Rechte des Austritts aus der bestehenden Korporations-Gemeinde Gebrauch zu machen. — Als Merkwürdigkeit will ich noch konstatiren, daß bei der zweiten Bürgermeisterwahl in Moschin wieder ein Pole gewählt ist, obgleich die dortige Stadtverordnetenversammlung aus 4 Deutschen und 2 Polen besteht. — Sapienti sat — — Eines der traurigsten Erscheinungen in unserem Kulturleben ist ein Bürgermeisterposten in einer kleinen Stadt. Nicht nur daß das Gehalt eines solchen ein größtentheils zu karges ist, betrachten viele Stadtverordneten den Bürgermeister als Organ zur Erreichung ihrer Sonderzwecke. Ist es doch ein ziemlich offenes Geheimniß, daß dem verflossenen Bürgermeister in Moschin meistentheils dadurch seine Stelle unmöglich gemacht worden ist, weil er eine bessere Meinung von der Stimmfähigkeit der Familienglieder eines Stadtverordneten hatte, als letzterer zu geben wollte.

*) Die uns telegraphisch zugegangene Mittheilung (vgl. Nr. 27) sprach von 3000 Besuchern. Red. d. Pos. Ztg.

—e— **Schwersenz**, 19. Januar. [Darlehnsverein.] Der hiesigen Darlehnsvereins eingetragene Genossenschaft hat im vergangenen Jahre einen Geldumsatz von ca. 40,000 Thlr. und für seine Mitglieder eine Dividende von 10 Prozent erzielt. Der Verein zählt gegenwärtig 138 Mitglieder mit einem Einlagekapital von 1722 Thlr. und einem Reservefonds von 415 Thlr. Die Aktiva und Passiva schließen mit 5068 Thlr. 9 Sgr. 5 Pf. ab.

△ **Zirke**, 19. Januar. Ueber die Abschaffung der Hausbettelei ist in einer Versammlung berathen worden, welche der Herr Pastor Krickau leitete. Nachdem die Nothwendigkeit eines damit betrauten Vereins allseitig anerkannt worden war, wurde die Angelegenheit in die Hände eines Komites von fünf Mitgliedern gelegt. — Sehr bedauert wird, daß unser geschätzter Arzt, Herr Dr. Hoffmann, uns verläßt, um als Kreisphysikus nach Meseritz zu gehen.

tz. **Gnesen**, 19. Jan. [Eisenbahn.] Wie auch jedem Fremden in die Augen fallen muß, hat der Verkehr in unserer Stadt seit Eröffnung der Posen-Thorn-Bromberger Bahn einen Aufschwung genommen, der alle Erwartungen übertroffen hat. Unzweifelhaft wird die im Bau begriffene Oels-Gnesener Bahn den Verkehr der Stadt noch weiter heben. Wir haben diese Bahn hauptsächlich deswegen mit großer Freude begrüßt, weil sie der Oberschlesischen Eisenbahn, welche im Bewußtsein ihrer Omnipotenz sich wenig um die Interessen und Wünsche des Publikums schaart, eine wohlthätige Konkurrenz machen wird. Wie vorauszusehen war, wird die strebsame Verwaltung der jungen Bahn diese nicht hier ihr Ende nehmen lassen, sondern nach Norden hin bis Konitz fortsetzen. Von der Stadt Bromberg wird nun eine Linie Konitz-Bromberg-Schubin-Gnesen unterstützt, welche nur der Stadt Bromberg nützt und dem übrigen Theile der Provinz wenig Vortheil bietet. Dagegen ist ein neues Projekt aufgestellt, nach welchem die Oels-Gnesener Bahn ihre Fortsetzung in gerader Linie in der Richtung Janowiec-Nakel-Konitz finden soll. Der viel kürzere Weg, die fruchtbaren, dicht bevölkerten Landstriche auf dieser Linie machen dieselbe zu einer vielversprechenden. Um die Vortheile dieser Linie gegenüber der Linie über Bromberg zu untersuchen und klar zu legen, ist gestern von einer Versammlung, bestehend aus gewählten Vertretern der Kreise Wongrowitz und Gnesen und einer großen Anzahl der größten Grundbesitzer der Gegend ein Komite gewählt, das sich mit den interessirenden Kreisen Wirsitz, Flatow und Konitz in Verbindung setzen und in Kurzem zu einer neuen Versammlung in Nakel zusammentreten wird.

W. **Powidz**, 20. Januar. [Ein trauriges Bild aus unserer Provinz.] Auf der Halbinsel des Powidzer See's liegen die beiden Dörfer Powidzwerder und Huttawerder, die mit vier anderen längs dieses See's gelegenen Ortschaften die „Schulgemeinde Huttawerder" im Kreise Gnesen bilden. Dieser Schulverband repräsentirt wohl unstreitig die ärmste Gegend, nicht blos des Gnesener Kreises, sondern der ganzen Provinz, ja vielleicht des ganzen preußischen Staates. In 2138 Morgen Flugsand theilen sich 48 Besitzer, von denen 4 je über 100 Morgen, 11 über 50 und die übrigen von 6—50 Morgen bewirthschaften. Der Boden bringt mit Noth einige Kartoffeln und spärlichen Roggen und Hafer und bei den meisten Wirthen in so geringer Quantität hervor, daß die Aussaat- und Bestellungskosten kaum gedeckt werden. Die Besitzer werden immer schwächer und schwächer, die baufälligen Häuser und Wirthschaftsgebäude können nicht reparirt werden, sie stürzen zusammen und machen Erdbuden Platz, in denen, wie in Grönland, der Rauch zum Fensterloch herausquillt. Das gefallene lebende Inventarium kann ebenfalls durch kein neues ersetzt werden und so hat z. B. in Powidzwerder ein Mann, der 126 Morgen Acker besitzt, weder Pferd noch Kuh, weder Schaf noch Ziege, nicht einmal ein Huhn; denn das Alles will Futter haben, und das ist nicht vorhanden. Den Uebrigen, mit wenigen Ausnahmen, geht es nicht besser und Alle gehen dem Ruine entgegen. Fragt man die Leute, woher das kommt, dann sagen sie: „Ja, lieber Herr, wie soll das ausbleiben; unser Sand will nicht mehr tragen; verkaufen können wir kein Körnchen, und was wir in die Wirthschaft brauchen, ist jetzt sehr theuer und die Abgaben sind groß!" Das Fischen und Krebsen bringt freilich wenig ein, und ist Einer oder der Andre erst schwach geworden, dann geht er auf Baumfrevel im angrenzenden königlichen Forst aus, wird in den meisten Fällen ertappt und muß, da er die sich immer verdoppelnde Strafe nicht mehr zahlen kann, wochen- ja monatelang im Gnesener Stadtgefängniß sitzen, während die Wirthschaft zu Hause mit Riesenschritten dem Abgrunde entgegeneilt.

Im vorigen Jahre boten die Bewohner der Halbinsel ihr Land dem Forstfiskus zum Verkauf oder Umtausch an; der Fiskus ist auch scheinbar darauf eingegangen, bietet aber pro Morgen so wenig, daß die Besitzer von 6 und mehreren kleinen Ziffern darauf nicht eingehen können, so daß die Sache wohl wieder einschlummern wird. Der Staat könnte bei der Offerte immerhin gewinnen; denn die Abgaben werden hier schwerlich lange aufgebracht werden können.

Bei all' diesen Schwierigkeiten haben die armen Leute noch eine neue massive Schule bauen müssen, die so Manchen noch vollends erdrückt hat. Das alte Schulgebäude war dem Einsturz nahe und mußte geräumt werden. Im März v. J. brannten sämmtliche Schulgebäude nieder. Da es nur 300 Thlr. Feuerkasse gab, entnahm die Schulsocietät aus der Provinzial-Hilfs-Kasse 600 Thlr. und bat die königl Regierung um eine entsprechende Unterstützung. Diese sagte ihre Beihilfe mit der Bedingung zu, daß nach ihrem Anschlage gebaut werde. Dies geschah; es wurde für 1850 Thlr. ein Haus nach Zeichnung und Anschlag der königl. Regierung hingestellt, wozu die Gemeinden noch 200 Thlr. durch Repartition aufbrachten. Es fehlen nun aber noch ca. 1000 Thlr.; denn der Bau des Stalles und des Zauns ist in den 1850 Thlr. nicht mitbegriffen, und gezahlt ist erst die Summe von 1100 Thlr. Trotzdem die Gemeinde schon mehrmals gebeten, die Regierung wolle doch erklären, ob sie das Defizit decken werde, ist bis jetzt noch immer kein endgiltiges Antwortschreiben eingegangen, und die arme Gemeinde ist um so mehr in einer wahren Angst begriffen, als davon 800 Thlr. bereits am 1. März d. J. gegen einen dem Bauunternehmer gegebene Prima-Wechsel zahlbar sind.

Wie mag wohl dem Lehrer unter solcher Gemeinde, in solcher Wüste zu Muthe sein? so wird vielleicht mancher Leser dieser Zeilen fragen. Der Referent, der denselben persönlich kennt, kann darauf antworten. Der dortige Lehrer vegetirt mehr, als er lebt. Nachdem er mit Frau und zwei kleinen Kindern im alten Schulgebäude vor Rheumatismusschmerzen, die namentlich ihn selbst nie mehr verlassen werden, und Kälte beinahe umgekommen, seine letzten Sachen in den verschiedenen Interimswohnungen vulgo „Löchern" verdorben und zerbrochen, wartet er jetzt im neuen Hause, das im September v. J. fertig geworden und von ihm gleich bezogen werden mußte, ab, bis das verdorbene und zerbrochene Inventarium verfault sein wird, davon nimmt er die Zulage von 25 pro Jahr und kauft im Magazin ein vollständiges Meublement für sämmtliche neue Stuben und behält dann immer noch jährlich 91 Thlr. Gehalt. Auf dem Etat stehen zwar noch 46 Schffln. 12 Mtz. Getreide, allein in Huttawerder gilt das nicht so viel: Wer von den Wirthen Getreide für den Lehrer übrig hat, giebt es herzlich gern und der Lehrer nimmt es noch herzlicher an, aber die Meisten haben für sich nicht einmal Korn und in solchem Falle muß er es ihnen schenken, wenn er den Armenbericht des Exekutors nicht lesen will. Außerdem hat er als Gehalt ein Stückchen ebensolchen Flugsandes, wie oben beschrieben, auf dem er spazieren gehen kann. — Es ist keine Uebertreibung, Referent ist im Stande, jedes Wort als wahr zu beweisen. Wie der Lehrer zu der Kraft kommt, heiter vor seinen Schülern zu erscheinen, da er es in der That doch nicht ist, nicht sein kann, ist ein Räthsel. Doch folgen wir ihm in das Schulzimmer. Ein schönes, helles, geräumiges und hohes Gemach, aber — nur 7 Kinder darin, während die Liste deren 47 nachweist! Wo sind die übrigen? Ja, die kommen nicht: einige sind krank; andre können kein Brot mitnehmen und von 8 Uhr Morgens bis 3 Uhr Nachmittags unmöglich hungern; wieder andre haben keine Stiefeln, keine Beinkleider, keine Röcke; die aus Powidswerder fehlen immer, schon seit Jahren; denn im Sommer laufen sie nackt umher und den ganzen Winter hindurch liegen sie in der Ecke der Erdbude

im Stroh mit Lumpen zugedeckt. Andere fehlen deshalb, weil der Vater in Gnesen „einsitzt" wegen Holzdefraudation. Von durchschnittlich 40 Kindern haben seit dem 1. April 1871 bis ult. Dezember v. J. 7622 Tage als versäumte eingetragen werden müssen. Im Sommer kommen zwar täglich doch 15 bis manchmal sogar 30 Kinder, allein was soll der Lehrer diesen beibringen, wenn wir, abgesehen davon, daß die Kinder zum Theil mit einer Fibel, auch wohl hin und wieder einem Kinderfreunde bewaffnet sind, im großen weiten Schullokal kein andres Lehrmittel erblicken, als die Hirschberger Bibel und eine Karte von Palestina? — — —

Das sind traurige Bilder, recht traurige, aber sie können in heitere verwandelt werden, wenn man den ärmeren Klassen und den ärmeren Schulen thatkräftiger unter die Arme greifen wollte. Wie viel könnte in solcher Schule nicht ein einziger 25 Thalerschein, zu Lehrmitteln richtig verwendet, Gutes schaffen, mehr als tausend andere gute Rathschläge, die Worte sind und Worte bleiben.

H. **Chodziesen**, 21. Januar. [Stadtverordnetenwahl. Amtsniederlegung. Auch eine Adresse.] An Stelle des verstorbenen Stadtverordneten J. Isaacsohn wurde in der vorigen Woche der Brauereibesitzer Schramm in der zweiten Abtheilung zum Stadtverordneten gewählt. — Der Stadtverordnete Baginsky hat in diesen Tagen sein Amt freiwillig niedergelegt, und dürfte bald wieder eine Ersatzwahl stattfinden. — Unlängst lief hier im ev. Pfarramte ein Brief ein mit der Aufschrift „Supperodän Koshehsen" (buchstäblich). Der Brief kam aus Schlesien. Was soll man hier mehr bewundern, die merkwürdige Unwissenheit des Briefschreibers oder den Scharfsinn und den Eifer der Postbeamten, die es ermöglichten, einen Brief mit so unverständlicher Adresse dennoch an seine Bestimmung gelangen zu lassen? Bedenkt man, wie häufig solche korrumpirte Adressen zur Post kommen mögen und daß die des Schreibens unkundigen Leute sich oft genug die Briefe und Adressen von Kindern schreiben lassen, so wird man die Verordnung der königl. Regierung, die Kinder in den Schulen im Briefschreiben, besonders aber in der Abfassung korrekter Briefadressen zu unterweisen, gewiß als eine zeitgemäße und höchst nothwendige anerkennen.

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 21. Januar. [Schwurgericht.] Auf der Anklagebank befand sich am 18. d. M. ein junges Mädchen von 22 Jahren wegen Kindesmordes. Wohl selten ist ein Kindesmord mit so großer Rohheit verübt worden, wie im vorliegenden Falle. Die unverehelichte Anna Markiewicz zu Rudki-Hauland, welche bei dem Wirth Ferdinand Schilke daselbst in Diensten stand, hatte mit einem ebenfalls dort dienenden Knecht ein Liebesverhältniß, welches nicht ohne Folgen blieb. Der Dienstherrschaft, welcher die veränderte Körperbeschaffenheit der Magd auffiel, bestritt dieselbe, daß sie schwanger sei. Sie wurde nunmehr von den Schilke'schen Eheleuten genauer beobachtet, diese nahmen am 29. Juli 1872 wahr, daß die äußere Erscheinung der Angeklagten sich vollständig geändert habe und schlossen daraus, daß sie jetzt geboren haben müsse. Auf die direkte Fragen der Frau Schilke, wo die Angeklagte ihr Kind gelassen, gab dieselbe nach längerem Leugnen an, daß sie geboren und ihr Kind in den in der Nähe des Hauses befindlichen Graben geworfen habe. Dort wurde dasselbe auch gefunden und stellte sich durch die Obduktion heraus, daß dem Kinde zunächst mit einem stumpfen Instrumente mehrere Hiebe auf den Kopf beigebracht und dann dasselbe noch lebend in das Wasser geworfen worden, woselbst sein Tod durch Ersticken eingetreten. Die Angeklagte sagte nun selbst aus, daß sie schon bei Beginn der Schwangerschaft den Entschluß gefaßt hatte, ihr Kind zu beseitigen, daß sie nach der Geburt das Kind mit einem faustdicken Steine mehrere Male auf den Schädel geschlagen und dann dasselbe in das Wasser geworfen habe. Die Geschwornen nahmen trotzdem mildernde Umstände an und wurde die Angeklagte zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt. — Hierauf wurde gegen den Tagelöhner Joseph Pawlowski, den Dienstjungen Sebastian Blaszak und den Schuhmacher Xaver Sawinski, sämmtlich aus Guttory, wegen schweren Diebstahls verhandelt. Das Kleeblatt, welches mit Ausnahme des Blaszak schon oft Gelegenheit gehabt, im Gefängnisse zu verweilen, ist bei allen seinen Unternehmungen nicht besonders glücklich gewesen. So hat man dem Pawlowski, der aus dem Gefängnisse zu Fraustadt, woselbst er $1^1/_2$ Jahr zu verbüßen hatte, entsprang, diese Freiheit nicht lange gegönnt und ihn mit seinem heutigen Kameraden kurze Zeit nachher wieder eingefangen, um ihn abermals wegen verschiedener Diebstähle zu bestrafen. Die Diebstähle, zumeist bei Gastwirthen verübt, waren stets auf die Erlangung von Eß- und Trinkwaaren in größeren Quantitäten gerichtet. Pawlowski und Blaszek waren geständig, Sawinski hielt sich für nichtschuldig. Die Verhandlung, die durchaus nichts Interessantes bot, endete mit der Freisprechung des Sawinski, der Verurtheilung des Pawlowski zu $2^1/_2$ Jahr Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehre auf 3 Jahre und Zulässigkeit von Polizeiaufsicht, und des Blaszek zu 3 Monaten Gefängniß. Am 19. d. Mts. wurde gegen den Brettschneider Gottlieb Schulz aus Sokolnik und den Schmiedegesellen Emil Stelter verhandelt. Dieselben sind angeklagt, den Tagelöhner Ignatz Glogowski derartig mißhandelt zu haben, daß derselbe das Sehvermögen des linken Auges verlor. Der Verletzte war Ende November 1870 mit dem Ziegelarbeiter Polterak nach Nekla gegangen, um dort in verschiedenen Lokalen Schulden zu bezahlen. Auf dem Wege nach einer Schänke wurden sie plötzlich von den beiden Angeklagten ohne jegliche Veranlassung angegriffen. Stelter umfaßte von hinten den Polterak und hieb ihm mit einem Stocke mehrere Male über den Kopf, während Schulz den Glogowski derart mit einem stumpfen Instrument in das linke Auge stieß, daß Letzterer sofort zusammensank. Der Erfolg des Stoßes ist der Verlust des Sehvermögens für das getroffene Auge. Die Angeklagten leugneten ihre Schuld. Sie hätten sich gegen die Angriffe des Glogowski und Polterak wehren müssen und dabei hat e Schulz mit seiner Tabakspfeife um sich geschlagen und weiter nichts. Durch Zeugenaussagen aber wurde konstatirt, daß diese Behauptungen erlogen waren unb die Geschwornen sprachen über beide Angeklagten, über Schulz wegen schwerer Körperverletzung, über Stelter wegen Theilnahme an einer Schlägerei, bei der ein Mensch das Auge verloren, das Schuldig aus, worauf Ersterer zu 1 Jahr 3 Monat, Letzterer zu 1 Monat Gefängniß verurtheilt wurde.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

—h. **Berlin**, 22. Januar. Mehrere Vorstands-Mitglieder pädagogischer Vereine u. a für die Hebung des Unterrichts thätige Männer haben dem Magistrat eine Petition in Angelegenheiten der Fröbelschen Kindergärten eingereicht. Sie erachten dieselben als ein wirksames Mittel gegen die sittlichen und sozialen Gebrechen der Zeit, verlangen den Einfluß auf die geistige und sittliche Entwickelung der Jugend zu heben und bitten um die Einordnung des Fröbel'schen Kindergartens in das Schulwesen der Gemeinde. Zu diesem Zweck schlagen sie vor: 1) den Verwaltungs-Komites von Volkskindergärten disponible Räume in den Gemeindeschulen zu überlassen, 2) bei etwaigen Neubauten die Beschaffung von zwei geräumigen Klassen und einem Stück Gartenland ins Auge zu fassen, 3) den Zeichnenunterricht bei Knaben und Mädchen schon auf der untersten Stufe zu beginnen und hierbei die Methode der Kindergärten zu berücksichtigen, und 4) mit den höheren Töchterschulen, privaten und städtischen, und mit den Mittel- und Elementarschulen Oberklassen zu verbinden, welchen die Ausbildung von Kindergärtnerinnen obliegt. — Die ausführliche Erläuterung dieser wichtigen Frage hat H. Goldhammer „im Auftrage des ständigen Ausschusses zur Verbreitung der Fröbel'schen Erziehungsweise" in einer Broschüre veröffentlicht. Dieselbe führt den Titel: „Ueber die Einordnung des Kindergartens in das Schulwesen der Gemeinde" und verbreitet sich in wohlgeordneter und treffender Weise über alle einschlagenden Verhältnisse. Noch ist die Frage der Kindergärten nicht gereift, noch unterliegt sie mannigfachen Bedenken und praktischer Mängeln; allein das steht fest, daß sie von der pädagogischen Tagesordnung nicht mehr verschwinden kann. Es giebt dieser Anstalten in Deutschland schon über 500, wovon in Berlin allein mehr als 30. Grund genug für alle Pädagogen, Geistliche und Aufsichtsbeamte, die Sache eingehend zu studiren. Die deutschen Väter und Mütter sind ihnen vorangegangen, sie werden ihnen folgen müssen.

Staats- und Volkswirthschaft.

Berlin, In diesen Tagen ist eine für die Börse prinzipiell sehr wichtige Frage durch richterliches Erkenntniß entschieden worden. Bei einer vor einiger Zeit durch ein großes hiesiges Bankinstitut aufgelegten Subskription, die in Folge des starken Andranges gleich nach Eröffnung wieder geschlossen werden mußte, erhielt einer der Zeichner eine seiner Meinung nach zu geringe Summe zugetheilt. Er wurde nach mehrfachen Vorverhandlungen gegen das betreffende Bankinstitut schließlich klagbar, daß die von ihm subskribirte Summe ihm bewilligt werden solle, und dehnte seinen Antrag zu gleicher Zeit auf Rechnungslegung über das Resultat der Subskription im Allgemeinen aus. Diese Klage ist nunmehr gleichlautend in zwei Instanzen als unbegründet zurückgewiesen worden.

Berlin, 21. Januar. [Das General-Postamt] veröffentlicht folgende Bekanntmachung, betreffend die Versiegelung der Briefe mit Werthangabe: Mit Genehmigung des Fürsten Reichskanzlers wird für den Verkehr innerhalb des Reichspostgebiets in Bezug auf den Verschluß der Briefe mit Werthangabe die Aenderung getroffen, daß fortan statt der bisherigen fünfmaligen auch eine Versigelung mit zwei (bez. mit drei oder vier) Siegeln für ausreichend erachtet werden soll, wenn nach der Einrichtung des verwendeten Couverts durch die zweimalige (bez. drei- oder viermalige) Versiegelung der Inhalt des Briefes vollständig gesichert ist. Nach näherer Anordnung des Generalpostamts angefertigte Mustercouverts, welche zu einer zweimaligen Versiegelung sich eignen, sind bei sämmtlichen Reichspostanstalten ausgelegt und werden dem Publikum auf Verlangen zur Ansicht vorgezeigt. Die betreffenden Mustercouverts gelten in Bezug auf Form und Schnitt als Maßstab, in Bezug auf die Größe nur insofern, als wesentlich größere Couverts zu einer zweimaligen Versiegelung nicht mehr geeignet sind, indem der innere Schutzstreifen dann für den Zweck der Sicherung nicht mehr ausreicht. Die Art und Stärke des Papiers oder sonstigen Stoffes zu den Couverts bleibt nach wie vor dem freien Ermessen der Korrespondenten überlassen. Nach Orten außerhalb des Reichspostgebiets gerichtete Briefe mit Werthangabe müssen bis auf Weiteres noch in der bisher vorgeschriebenen Weise verschlossen werden.

Vermischtes.

Berlin. Wie die „B. Börs. Ztg." hört, ist die „Tribüne" nebst den „Wespen" von einer Kommandit-Gesellschaft angekauft worden. Dieselbe besteht aus fünf Theilnehmern, von denen jeder 32,000 Thlr. gezahlt hat, so daß die ganze Kaufsumme 160,000 Thlr. beträgt. Einer der Käufer ist Julius Stettenheim, der Redakteur und Begründer der „Wespen".

* **Eisenbahnunglück.** Ueber die gräßliche Eisenbahn-Katastrophe in Amerika berichtet ein im New-York Herald abgedrucktes Telegramm aus Vestfield vom 25. Dezember Folgendes: „Heute Nachmittag um 2 Uhr ereignete sich auf der Croß-Euleisenbahn in der zwischen Brockton und Maysville gelegenen Station Prospekt ein fürchterliches Unglück. Als der nach dem Norden bestimmte, aus der Lokomotive, einem Gepäck- und 2 Passagierwaggons bestehende Eilzug Goose-Creek passirte, entgleiste die Lokomotive und die Waggons stürzten über die Trestlebrücke 40 Fuß tief hinunter. Die Waggons überkugelten sich völlig und hatten kaum den Boden erreicht, als sie zu brennen begannen. Wie man vermuthet, befanden sich ungefähr 60 Passagiere im Zuge. Kein einziger blieb unversehrt; 27, darunter 4 Frauen, wurden lebend aus den brennenden Trümmern gerettet. Man glaubt, daß 35 Personen getödtet worden sind. Es war kein Wasser zur Löschung der Flammen vorhanden, und nur zwei Aexte konnten beschafft werden, um die Waggons in Stücke zu schlagen. In dieser Lage wurden ungefähr 25 Personen lebendig geröstet, die Luft nahezu eine Stunde lang mit ihren herzzerreißenden Hülferufen erfüllend. Man glaubt, daß mehrere der Geretteten an ihren Verletzungen sterben werden.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wasner in Posen.

Angekommene Fremde vom 23 Januar.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufl. Rehfeld aus Inowraclaw, Gebr. Löwi a. Moschin, Gürtel a. Rogasen, Wolffsohn a. Neustadt b. P., Schmuhl a. Pakość, Jakowski a. Gnesen, Frau Naschelska a. Kletschewo, Löwisohn a. Pudewitz, Brieger a. Breslau, Löwenthal jun. a. Glogau, Joseph a. Pleschen, Fabrik. Härtel aus Reichenbach (Sachsen), Insp. Nowitzki a. Chlapowo, Viehhändler Klakow a. Goschter-Haul.

Eine Prüfungskommission für Posen.

Die Abweisung der Petition, betr. die Gründung einer Universität in unserer Provinz, durch das Abgeordnetenhaus wird von jedem billig denkenden unzweifelhaft als richtig anerkannt werden, wie ja auch bereits in Ihrer Zeitung ebenso richtig hervorgehoben worden ist, daß erst für die Grundmauern gesorgt werden müsse, ehe man an das Dach denken könne. Doch wollen wir, da sich bei dieser Sache grade Gelegenheit dazu bietet, einen andern Wunsch aussprechen, dessen Erfüllung gewiß viele Lehrer der Provinz mit großem Danke begrüssen würden. Wir meinen die Einsetzung einer wissenschaftlichen Prüfungskommission für Nacheramina. Es giebt manchen Lehrer, in der Provinz der in diesem oder jenem Fache ein Nacheramen machen muß oder will. Nach den bestehenden Einrichtungen kann dies aber nur in einer Universitätstadt geschehen, also nur außerhalb der Provinz. Weil jedoch jedes Examen pro fac., auch ein Nacheramen, ein staatliches ist, wofür Gebühren bezahlt werden müssen, weil ferner die Mitglieder einer wissenschaftlichen Prüfungskommission nicht durchaus Universitätsprofessoren sein müssen (dies auch thatsächlich nicht immer der Fall ist) und endlich es an geeigneten Männern in Posen nicht fehlt, so ist ersichtlich, daß sich eine solche, sehr dankenswerthe Einrichtung ohne Schwierigkeit ins Leben rufen ließe, ohne daß Posen eine Universitätsstadt wird.

r.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter **Agnes** mit Herrn **Ignaz Kantorowicz** in Berlin beehren wir uns ergebenst anzuzeigen.
Benjamin Placzek
und Frau.
Schwersenz, den 22. Januar 1873.

Als Verlobte empfehlen sich:
Agnes Placzek,
Ignaz Kantorowicz.
Schwersenz. Berlin.

Lissa, 22. Januar 1873.
Statt besonderer Anzeige
Heute Morgen entschlief sanft und friedlich nach langen schweren Leiden unser liebe Gatte, Vater und Großvater, der Distrikts-Kommissarius a. D., Ritter des rothen Adlerordens, **Joseph Fredrich**, im noch nicht vollendetem 66. Lebensjahre.
Die Hinterbliebenen

Gestern früh 3/4 7 Uhr wurden wir durch die Geburt eines Knaben erfreut.
E. Wechsel und Frau.
Posen, am 23. Januar 1873.

Der am 21. d. Mts. erfolgte Tod des Königlichen Forstmeisters **Rosenfeld** hat unserem Kollegium eine tiefe Wunde geschlagen.
Durch seinen loyalen Sinn und die ausgezeichnete Verwaltung seines Amtes, so wie durch seinen liebenswürdigen, der kollegialischen Freundschaft zugewandten Charakter hat sich der Dahingeschiedene unsere volle Hochachtung und Liebe erworben.
Trauernd um seinen Verlust widmen wir ihm diesen Nachruf und werden sein Andenken treu in unserer Mitte bewahren.
Posen, 22. Januar 1873.
Das Regierungs-Kollegium.

Börsen-Telegramme.

Posener Privat-Marktbericht vom 23. Januar 1873.

Weizen: ruhiger.	p. 1050 Kil.	feiner	88—96 Thlr.
		mittel	83—86 „
		ordinär und defekt	75—80 „
Roggen: fester.	p. 1000	feiner	56—57 „
		mittel	54—55 „
		ordinär	52—53 „
Gerste: beachtet.	p. 925	feine	46—47 „
		mittel und ordinär	42—43 „
Leinsaamen: unverändert.	p. 925		75—82 „
Hafer: flau.	p. 625	feiner	27½—28½ „
		mittel und defekt	25—26½ „
Erbsen: ruhiger	p. 1125	Koch-	53—55 „
		Futter-	48—50 „
Oelsaaten:	p. 1000	Raps	
		Rübsen	
Wicken: offerirt	p. 1125		43—45 „
Klee:	p. 50	roth	
		weiß	
Buchweizen: beachtet.	p. 875		46—49 „
Lupinen:		gelbe	
		blaue	

feinste Waare über Notiz.

Börse zu Posen
am 23 Januar 1873

Fonds. Posener 3½% Pfandbriefe 94 G., do. 4% neue do. 90¾ bz, do. Rentenbr. 93 G., do. Provinz.-Bankaktien 112 B., do. 5proz. Provinz.-Obligat. 100½ bz, do. 5% Kreis-Obligat. 100½ bz. do. 5% Obra-Meliorat.-Oblig. 100 G. do 4½% Kreis-Oblig. 92¾ G, do. 4% Stadtobl. II. Em. 90½ B., do. 5% Stadt-Oblig. 100½ G preuß. 3½prozentig. Staatsschuldsch. 89⅜ G. preuß. 4proz. Staatsanl. 96 B, 4½-proz. freiw. do. 103½ G., do. 3½proz. Präm.-Anl. 124¾ B. Nordd. Bundesanl. —, Märk.-Posener Eisenb.-Stamm-Aktien 59⅞-60 bz, russ. Banknoten 82¼ bz. ausländische do. 99⅞ G., Tellus-Aktien (Bniński Chłapowski, Plater & Co.) 112¾ bz, Ostd. Bank 99¾ bz, Ostd. Produkt.-Bank 84 G., Provz.-Wechs.- u. Disk.-Bank 96¾ bz. u. G., Aktien Kwilecki, Potocki & Co. 94 B., poln 4proz. Liquidationsbriefe 65 bz

Privat-Cours-Bericht.

Posen, 23. Januar. **Tendenz:** —

Deutsche Fonds

Posen. 3½proz. Pfandbr.	93 B
dito 4proz. Pfandbr.	90⅝ bz
dito 4proz. Rentenbr.	93 bz
dito 5proz. Prov.-Obl.	100½ bz
dito 5proz. Kreis-Obl.	100 bz
dito 4½proz. Kreis-Obl.	91 B
dito 4proz. Stadtoblg.	88 G
dito 5proz. Stadtobl.	100 bz
Nordd. Bundesanl.	— —
Preuß. 4½proz. Konsols	— —
dito 4proz. Anleihe	
dito 3½proz. Staatssch.	89½ G
Köln-Mind. 3½pr. Pr.-S.	— —

Ausländische Fonds.

Amer. 6proz. 1882 Bonds	— —
dito dito 1885 Bonds	— —
Oesterr. Papier-Rente	61⅛ G
dito Silberrente	65⅛ B
dito Loose von 1860	96⅛ B
Italienische Rente	65 B
Russisch-engl. 1870er Anl.	— —
dito dito 1871er Anl.	— —
Russ. Bodenkredit-Pfbr.	91 B
Poln. Liquid.-Pfandbr.	— —
Türk. 1865 5proz. Anl.	51⅜ G
dito 1869 6proz. Anl.	63⅛ G
Türkische Loose	177 B
Russische Noten	82 G
Oesterreichische Noten	92 G

Bank-Aktien.

Berliner Bankverein	— —
dito Bank	— —
dito Produkten-Handbk.	
dito Wechsler-Bank	59½ B
Breslauer Diskontobank	120 B
Berliner Disk.-Kommd.	— —
Central-Genoss.-Bank	— —
Deutsch. Hyp.-Bk. Berlin	— —
Centralb. f. Ind. u. Hand	109¾ G
Kwilecki, Bank f. Ldw.	— —
Meininger Kreditbank	— —
Oesterr. Kredit	201 G
Ostdeutsche Bank	99¾ bz G
Ostd. Produktenbank	—
Pos. Pr. Wechsl. Disk.B	96 G
Pos. Provinzial-Bank	111 G
Pos. Bau-Bank	— —
Schles. Bankverein	158½ G
Tellus-Aktien	— —
Preuß. Kredit	137¾ B
dito Bodenkredit	174½ G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	— —
Bergisch-Märkische	—
Berlin-Görlitzer St.-A.	— —
Böhmische Westbahn	110½ B
Brest-Grajewo	— —
Crefeld, Kr. Kemp. 6pr.	— —
Köln-Mindener	165 B
Galizier (Carl-Ludwb.)	104¼ G
Halle-Sorau-Guben	66½ G
dito Stammprior.	— —
Hannover-Altenbecken	—
Kronprinz-Rudolphsb.	78½ B
Lüttich-Limburg	— —
Märkisch-Pos. St-Akt.	60 bz
dito Stamm-Prior.	83¼ G
Magd.-Halberst. 3½pr. B.	—
Oestr.-Franz. Staatsb.	203½ G
Oesterr. Südb. (Lomb.)	— —
ultimo	115 bz G
Ostpreuß. Südbahn	— —
Rechte Oderuferbahn	— —
Reichenberg-Pardubitz	— —
Rhein-Nahe	— —
Schweizer Union	28¼ G
dito Westbahn	54 B
Stargard-Posen	99¼ G
Rumänische	43½ G
Berlin-Dresden Stamm	—

Industrie-Aktien

Marienhütte	— —
Redenhütte	—
Berl. Holzkomptoir	107½ G
Berl. Viehhof	—
Hoffmann Waggonfabr.	— —
Lauchhammer	112¾ G
Pos. Bierbrauerei	100 G
Laurahütte	— —

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** (per 20 Centner). Kündigungspreis 53¾. pr. Jan. 53¾, Januar-Februar 53¾, Febr.-März 54 März April —, Frühjahr 55, April-Mai 55 Mai Juni —.

Spiritus [mit Faß] (per 100 Liter = 10,000 pCt. Tralles). Kündigungspreis $17\frac{5}{12}$. Gekündigt 10 000 Liter. pr. Januar $17\frac{7}{12}$, Februar 17 12/24 März 17⅞, April $18\frac{1}{12}$, Mai 18⅜ Juni 18⅔.

[Privatbericht.] **Wetter:** trübe. **Roggen** (pr. 1000 Kilogr.) geschäftslos. Kündigungspreis 53¾ pr. Januar 53¾ bz. u. G. Jan.-Febr. do. Febr. März 54 B., Frühjahr 55 B. April-Mai do, Mai Juni do.

Spiritus (pr. 10,000 Liter pCt.) behauptet Kündigungspreis $17\frac{5}{12}$ Gekündigt 20,000 Liter. per Jan. $17\frac{5}{12}$ G., Februar $17\frac{7}{12}$ G. März 17⅞ B April $18\frac{1}{12}$ bz. u. B., April-Mai 18¼ bz. u. B., Mai 18⅜ bz u. G., Juni 18⅔ bz. u. G., Juli 19 B.

Breslau, 22. Januar. Die Börse eröffnete in sehr fester Haltung, welche sich jedoch im Laufe des Geschäfts abschwächte. Die Umsätze waren ziemlich bedeutend und fanden besonders Kredit und Lombarden rege Beachtung. Gegen Ende der Börse, als ungünstige Berliner Kurse eingetroffen, ermattete die Stimmung und wurden Kredit und Lombarden billiger verkauft. Einheimische Werthe ruhig. Geld sehr flüssig. Feinste Diskonten à 4 pCt. gesucht. Kredit 202 ⅜ a ½ a 202 bez. Lombarden 115¼ a ⅜ a 115 bez. u Gd. Franzosen still 203½ bez. Schlesische Bank 159½ a 159 bez. Makler-Bank 139½ bez. Wechslerbank 129¼ a 129 bez. u. Gd. Diskontobank 120 Gd. Eisenbahnen still und wenig verändert. Industrie-Effekten höher. Laura 242½ a 241¾ bez. u. Gd. Donnersmarck per Februar 98¼ bez. u. Br. Nachbörse zu niedrigeren Kursen ziemlich fest. Schles. Bod.-Kred.-Pfandb. 97 Br. 96½ Gd. Schles. Bod.-Krd.-Akt.-Bank 105 Gd.

Produkten-Börse.

Magdeburg, 21 Januar. Weizen 74—81 Rt., Roggen 59—61 Rt., Gerste 54—74 Rt., Hafer 45—50 Rt. für 2000 Pfd. (B. u. Hdls.-B.)

Königsberg, 21. Januar (Amtlicher Produktenbericht. In Quantitäten pro Tonne von 2000 Pfd. Zollgewicht.) — Weizen loko unverändert, hochbunter 81—87 Rt. B., bunter 75—83 Rt. B., rother 75—82 Rt. B — Roggen fest, loko inländischer 47—52 Rt. B. loko russischer 45—50 B., pro Frühjahr 52 B., 51 G., Mai Juni 52 B., 51 G. — Gerste loko große 42—50 Rt. B., kleine 42—49 B. — Hafer flau, loko 33—40 Rt. B., pr. Frühjahr 42 B. 41 G. — Erbsen flau, loko weiße 43—46 Rt B., graue 42—60 B., grüne 42—48 B. — Bohnen loko 40—46 Rt. B. — Wicken loko 30—40 Rt. B — Leinsaat flau loko feine 78—90 Rt. B., mittel 65—78 Rt B., ordinäre 45—65 Rt. B. — Rübsaat loko pro 200 Pfd. 90—100 Rt. B. — Kleesaat, loko rothe pro 200 Pfd. — Rt. B., weiße — B. — Thymotheum loko pro 200 Pfd 18—20 Rt. B — Rüböl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 11½ Rt. B — Leinöl loko pro 100 Pfd. ohne Faß 12½ Rt. B. — Rübkuchen pro 100 Pfd 2½—2⅝ Rt. B. — Leinkuchen pro 100 Pfd. 2½—2⅝ Rt. B.

Spiritus-Bericht. Spiritus loko ohne Faß per 100 Litres pro 100 pCt. Tralles und in Posten von mindestens 5000 Litres loko ohne Faß 18¼ Rt. B., 18 G., Jan. ohne Faß 18⅛ B., $17\frac{11}{12}$ G., Frühjahr do. 19 B., 18⅞ G., Mai-Juni do. 19⅛ B., Juli-August do. 19⅝ Rt. B., 19⅝ G. (K. H. Z.)

Breslau. [Amtlicher Produkten-Preisbericht vom 22 Januar.]
Offiziell gekündigt 1000 Ctr. Roggen und 100 Ctr. Rüböl.

Kleesaat, rothe, fest, ordinär 11½—12½, mittel 12½—13½, fein 14½—15½, hochfein 15½—16⅔ Rt. — **Kleesaat**, weiße, unverändert, ordinär 12—14, mittel 16—17½ fein 18—20, hochfein 20½—22 Rt. — **Roggen** (p. 1000 Kilo) fest, pr Jan. 57⅝ bz., April-Mai 57⅝ bz. u G., Mai-Juni 57¼ G. — **Weizen** per 1000 Kilo per Jan 85 B — **Gerste** per 1000 Kilo per Jan. 52 G. — **Hafer** per 1000 Kilo per Jan 42 G. April-Mai 44 B. u. G. — **Raps** per 1000 Kilo per Jan 103 G. — **Rüböl** fest, per 100 Kilogr. loko 22⅔ B., pr. Jan. u Jan.-Febr. 22½ bz u. B., neue Usance $23\frac{1}{12}$ B., Febr.-März 22½ B., neue Usance 23⅓ B., April-Mai 23½ B. neue Usance $23\frac{11}{12}$ B., Mai-Juni 24¼ B., Sept.-Okt. 24½ B. — **Spiritus** fester, pr. 100 Liter loko 17¾ B, $\frac{7}{12}$ G., per Jan. u Jan.-Febr. 17¾ G., April-Mai 18½ bz. u. G., Juni-Juli 18⅔ bz. u. G. — **Zink** 7½ Thlr. spezielle Marken auf Lieferung 7⅔ bz
Die Börsen-Kommission.

Breslau, den 22 Januar. (Landmarkt.)

Festsetzungen der städtischen Markt-Deput. — In Thlr., Sgr. und Pf. pro 100 Kilogramms.

	feine Thl.	Sgr.	Pf.	mittle Thl.	Sgr.	Pf.	ord. Waare Thl.	Sgr.	Pf.
Weizen w.	9	—	—	8	7	—	6	28	—
do. g.	8	12	—	7	28	—	6	22	—
Roggen	6	3	—	5	27	—	5	13	—
Gerste	5	12	—	5	8	—	4	24	—
Hafer neu	4	12	—	4	6	—	4	4	—
Erbsen	5	10	—	4	25	—	4	15	—

Festsetzg. der Handelsk.-Kommission — Per 100 Kilogramm

	feine Thl.	Sgr.	Pf.	mittle Thl.	Sgr.	Pf.	ord. Waare Thl.	Sgr.	Pf.
Raps	10	5	—	9	20	—	9	5	—
Winterrübsen	9	12	6	8	27	6	8	5	—
Sommerrübsen	9	12	6	8	17	6	7	17	6
Dotter	8	15		7	25	—	7	—	—
Schlaglein	9	—	—	8	15	—	7	15	—

(Brsl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 22. Januar. Wetter: trübe. Morgens 2° +, Mittags 3° +. **Weizen**: 125—128pfd. 78—83 Thlr., 129—131pfd. 84—85 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — **Roggen** 120—122pfd. 52—53 Thlr. pr. 1000 Kilogramm. — **Erbsen** nach Qual. 42, 43, 44 Thlr. pr. 1000 Kilogr. — **Spiritus** 17½ Thlr pr. 100 Liter a 100%. (Bromb. Ztg.)

Neueste Depeschen.

Berlin, 23. Januar. Die „Germania" bemerkt: Hinsichtlich der kirchlichen Gesetzentwürfe wird der deutsche Episkopat eine Vorstellung an den Kaiser und das Herrenhaus einreichen, sobald das Abgeordnetenhaus die Entwürfe angenommen hat. Der Wortlaut der Vorstellung ist noch nicht feststehend.

(Vorstehende Depesche wiederholen wir, weil sie nicht in allen Exemplaren der Morgen-Ausgabe Aufnahme gefunden hat.)

Königsberg, 23. Januar. Die von der „Ostpreußischen Zeitung" veröffentlichte Rede Manteuffel's bei der Einweihung des metzer Grabdenkmals am 19. Januar hebt die Tapferkeit Bazaine's, seiner Generale und Truppen, welche den Deutschen vollkommen ebenbürtig waren bei den metzer Kämpfen hervor, betont das Fehlen eines objektiven Urtheils wenn nach den letzten Kriegsereignissen natürlich die Leidenschaften mitsprächen, und hofft, die Geschichte werde Bazaine und der tapferen Armee Gerechtigkeit gewähren.

Paris, 22. Jan. Die heutige nur von Wenigen, außer ehemaligen kaiserlichen Würdenträgern, Beamten und Hofleuten besuchte napoleonische Trauerfeierlichkeit verlief ohne Störung. Mac Mahon wohnte der Todtenmesse in der Kirche St. Clotilde bei.

London, 22. Januar. Der Gesandte von Persien erklärte in einer Zuschrift an die Morgenblätter, er sei zu einer förmlichen Erklärung ermächtigt, daß kein geheimer Vertrag betreffs Abtretung von Azek und Korassan zwischen Persien und Rußland bestehe. Diese Journale erwarten heute eine Zinsfußherabsetzung auf 4 pCt.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.